

Vereins-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder
sowie der freien eingeschriebenen Hilfskasse Nr. 71 vorstehender Gewerbe.

Nr. 9. Erscheint alle Sonnabende.
Abonnementpreis 1.50 Mk. pro Quartal
Redaktion und Expedition: Hamburg 22,
Schmalenbeckerstr. 17, Fernspr. Amt 3, 3622.

Hamburg,
Sonnabend, 27. Februar 1909.

Anzeigen kosten die 4 gespaltene Petitzeile
oder deren Raum 40 Pfg. (der Betrag ist
stets vorher einzufenden.)
Vereinsanzeigen 20 Pfennig die Zeile.

23. Jahrg.

Willkommen in Köln!

In der Metropole des Rheinlandes, im alten, heiligen Köln, dessen zahlreiche Kirchen und Kapellen sich in den Wellen des Vater Rhein spiegeln, in Köln, dem deutschen Rom, tritt unsre 12. Generalversammlung zusammen. Dort, wo der Dom, das Wahrzeichen rastlosen Menschenfleißes, deutscher Einigkeit und zähester Ausdauer seine gigantischen Pfeiler und Türme zum Himmel emporreckt, versammeln sich in den nächsten Tagen die gewählten Vertrauensmänner unsrer Kollegen, um über die weitere Entwicklung des Verbandes in ernster Arbeit zu beraten und zu beschließen.

Auf uraltem geschichtlichem Boden weilen wir. Köln, die altromische Kolonie der Kaiserin Agrippina, ist eine alte Kulturstätte, deren Bewohner römische Bildung mit germanischer Kraft verbanden. Wenn es auch zeitweilig in den Jahrhunderten der Völkerwanderung zu einem Dorfe herabsank, so arbeitete es sich dank seiner günstigen Lage und seiner großen Vergangenheit immer wieder empor, und schon in der frühesten Karolingerzeit war es ein Bischofssitz von überragender Bedeutung. Vom 10. bis zum 12. Jahrhundert wurde Köln, dessen Handel sich immer mehr ausdehnte, der größte Hafen Deutschlands, der selbst von Seeschiffen besucht ward und von da ab blieb es das ganze Mittelalter hindurch die volkreichste und schönste deutsche Stadt, deren Ruhm von Reisenden in lauten Tönen verkündet wurde.

Damals herrschten in Köln die alteingesessenen Kaufmannsfamilien, die Geschlechter, wie sie sich nannten, und in Stämpfen, die sich mehrere Hundert Jahre hingenogen, errangen sie sich die Unabhängigkeit von den mächtigen Erzbischöffen, die ihre starke Hand auf die Stadt gelegt hatten. Der Handwerkerstand spielte demgegenüber eine untergeordnete Rolle und die Zünfte, als die Organisationen des gewerblichen tätigen Bürgertums, konnten nur schwer denjenigen Einfluß im öffentlichen Leben erringen, der ihnen ihrer wirtschaftlichen Bedeutung nach zukam. Allerdings stammt die erste altkölnische Zunfturkunde, die der Bettzylinderweber, schon aus dem Jahre 1149 und auch die andern Gewerbe werden sich schon früh zunftgemäß organisiert haben, aber die Bedeutung der Zünfte blieb lange Zeit hindurch sehr gering, weil die Geschlechter den Handwerkerstand nicht aufkommen lassen wollten. Der soziale Unterschied zwischen den reichen Kaufmannsfamilien und den Handwerkern, deren Einkommen niemals die Grenze der Mitteilbarkeit überschritt, war eben viel zu groß, als daß die rechtliche Gleichheit, die dem Gemeinwesen zugrunde lag, irgendwelche praktische Wirkung gehabt hätte. Die Geschlechter, die sich aus den alteingesessenen Grundbesitzern rekrutierten und eine Handelsaristokratie bildeten, blickten mit Verachtung auf die gewöhnlichen Handwerker; sie hatten sich zu einer großen Handelsgilde zusammengeschlossen und waren eifrig bemüht, das Stadtrecht in ihre Hände zu bekommen.

Das Erstarken des Handwerkerstandes zu Beginn des 13. Jahrhunderts brachte allmählich eine tiefgreifende Veränderung hervor. Die Zahl der geringeren Bürger war gewachsen und damit auch ihr Selbstbewußtsein und ihr Drang nach sozialer und wirtschaftlicher Gleichheit. Die Handwerker organisierten sich in Zünften und auch in kriegerischen Bruderschaften; sie übten sich im Gebrauch der Waffen und ihre Forderungen wurden immer radikaler. Die wirtschaftliche Bedeutung des Handwerks nahm zu, da man nunmehr auch für den Markt produzierte und sich immer neue Absatzgebiete erschloß. Und je mehr sich das Gewerbe ausdehnte, desto mehr strebten seine Vertreter nach Selbständigkeit und desto energischer suchten sie die Bevormundung der Altbürger abzuschütteln. Hinzu kam noch, daß die Annahme und die Ausbeutungsgier der Geschlechter immer unerträglicher wurde, weshalb die Spannung zwischen den beiden Gruppen bald die Höhe erreichte.

Hier setzte der erbitterte Kampf ein zwischen Geschlechtern und Zünften, ein Kampf, der Jahrhunderte hindurch mit wechselndem Glücke geführt worden ist. Es gelang den Zünften bisweilen, sich eine Teilnahme an dem städtischen Regiment zu erringen, aber infolge ihrer mangelnden Bildung verloren sie bald wieder ihren Einfluß. Erst durch den Verbundbrief vom Jahre 1306 wurde das Recht der Zünfte, sich auch um öffentlich-rechtliche An-

gelegenheiten zu kümmern, gesetzlich festgelegt. Von da an erweiterten die Zünfte langsam, aber stetig ihre Befugnisse und während des eigentlichen Mittelalters erstarkten sie zu mächtigen Organisationen mit all den Vorzügen und Fehlern, die das mittelalterliche Zunftwesen an sich hatte. Und wenn wir sehen, wie das erwerbstätige Bürgertum emporstieg zur Höhe der Kultur, wenn wir die Kunstwerke jener Zeit als die Schöpfungen des emporsteigenden Bürgertums betrachten, so dürfen wir dabei nicht vergessen, daß diese hervorragende Stellung das Resultat schwerer, langwieriger Kämpfe ist. Das soll auch uns ein Ansporn sein, immer wieder zu kämpfen, um den Sieg zu erringen für unsre gerechte Sache.

Auf geschichtlichem Boden, der erfüllt ist mit großen Erinnerungen, tritt unsre diesjährige Verbandstag zusammen. Schon einmal tagte eine Generalversammlung unsers Verbandes an den Ufern des Vater Rhein, 1898 in Mainz und wie diese in der Geschichte unsrer Organisation durch die Einführung des Unterstützungswezens einen wichtigen Abschnitt des inneren Verbandeslebens einleitete, so wird auch die Kölner Tagung für unsern Verband einen bedeutsamen Wendepunkt bilden. Gilt es doch diesmal, neue Grundlagen zu schaffen für eine gedeihliche Weiterentwicklung und den inneren Ausbau unsrer Organisation.

Wie sich schon aus der regen Diskussion zu den Fragen, die die Generalversammlung beschäftigen werden, ersehen ließ, sind es vor allem zwei Punkte, die im Vordergrund des Interesses bei der diesjährigen Tagung stehen werden: die Frage der Arbeitslosenunterstützung, die in einer Reihe von Anträgen zum Ausdruck kommt, und Punkt 4 der Tagesordnung: „Tarifverhandlungen und Stellungnahme zu einem Reichstarif“.

Die Frage, ob für unsre Organisation die Einführung der Arbeitslosenunterstützung zu ermöglichen ist, muß einmal zum Abschluß gebracht werden, sei es, daß der erste Schritt zu einer Einführung unternommen oder aber auf Grund der alljährlich hohen Arbeitslosenziffer erklärt wird, für unsern Beruf ist dieses Unterstützungssystem unmöglich durchzuführen. Die Aufgabe der Generalversammlung wird es sein, bei dieser Frage die Grenzen des Möglichen richtig abzustecken. Wie die von vielen Seiten gewünschte Beitragserhöhung nicht überspannt werden darf, so darf aber auch die Kampfbereitschaft unsers Verbandes, die Sicherstellung eines notwendigen Kampffonds nicht außer acht gelassen werden.

Betreffs des zweiten Punktes werden alle Delegierten überzeugt sein, daß wir uns in einer bedeutsamen Periode unsers Verbandeslebens befinden. Wie bereits unsre vorjährige Kampferiode gezeigt hat, drängt die Entwicklung des modernen Tarifwesens mit Naturnotwendigkeit die Verhandlungen und Beschlußfassungen in andre Bahnen, wodurch unsre bisherige Lohnkampfpolitik überholt ist. Diese neuen Aufgaben, die an unsre Organisation herantreten, müssen zur Lösung gebracht werden. Die künftigen Bewegungen werden sich auf breiterer Grundlage abwickeln, da hierzu auch der Unternehmerverband ein gewichtiges Wort mitzusprechen hat, der infolge seiner straffen Zentralisation seinem Vorstand zur Führung der Verhandlungen Generalvollmacht erteilen wird, so daß auch unser Verband einen den Verhältnissen angepassten Verhandlungskörper schaffen muß. Wir müssen mit den einfachen Tatsachen rechnen, daß bei den Arbeitgeberverbänden des Baugewerbes das zielbewusste Bestreben besteht, den einzelnen Arbeitgeber, die einzelne örtliche Arbeitgeberorganisation bei den Tarifverhandlungen gänzlich auszuschalten und diese nur durch den Zentralvorstand führen zu lassen. Und was bei dem Arbeitgeberbund für das Baugewerbe beschlossen und zur Richtschnur genommen wird, dem hat sich auch der ihm untergeordnete Arbeitgeberverband für das Malergewerbe zu fügen, was er auch bei allen bekannten Maßnahmen getreulich vollführt hat. Sollten deswegen nun die Organisationen der baugewerblichen Arbeiter in den Kampf treten, um solche Verhandlungen auf zentraler Basis zu verhindern? Das wäre eine verkehrte Taktik und Konsequenz, nachdem wir jahrelang darum gekämpft haben, daß unsre Organisation von den Unternehmern überhaupt anerkannt wird. Was man selbst für sich in Anspruch nimmt, kann man füglich doch dem andern Teil nicht versagen.

So hat also die Generalversammlung nicht nur zu

prüfen, ob die Taktik des Vorstandes in den letzten beiden Jahren die richtige war, sondern auch neue Richtlinien für die Zukunft abzustecken. Sicherlich werden die Delegierten bemüht sein, die Wünsche ihrer Auftraggeber, wie sie sich in den vorliegenden Anträgen konzentrieren, zur Annahme zu bringen, aber mehr denn je tritt bei der Verhandlung gerade dieser Frage an sie ihre hohe, verantwortungsvolle Aufgabe, im Interesse des Gesamtwohls unsers Verbandes zu wirken. Und daß sie sich der Bedeutung und Tragweite der zu fassenden Beschlüsse im vollsten Maße bewußt sind, wo es sich um die Taktik der Zukunft, um eine Lebensfrage der Organisation handelt, das sind wir sicher, darum können wir auch auf einen zufriedenstellenden Ausgang unsrer 12. Generalversammlung hoffen. Selbstverständlich bringen die Delegierten auch den übrigen Punkten der Tagesordnung ihr vollstes Interesse entgegen, wenn auch keine so ausgedehnte Debatte sich daran anschließen dürfte wie bei den Redenschaftsberichten und den eben erwähnten vorhergehenden Punkten.

Arbeitsreiche Tage stehen somit unserm diesjährigen Verbandstage bevor.

Mögen die Verhandlungen die höheren Gesichtspunkte nicht missen und die erwählten Vertrauensmänner unsrer Organisation sich als Richtschnur dienen lassen, daß durch ihre Beschlüsse unser Verband einen tüchtigen Schritt nach vorwärts gebracht werden muß. Wir sind überzeugt, daß dann die Kölner Generalversammlung praktische, positive Arbeit leisten wird, wir von ihr ganze Arbeit zum Wohle aller Mitglieder erwarten dürfen.

In diesem Sinne willkommen in Köln zur gedeihlichen Arbeit!

Zur Lehrlingsfrage.

Von den zur Generalversammlung gestellten Anträgen ist u. a. als zeitgemäß und notwendig die eingehende Behandlung der Lehrlingsfrage zu nennen. Schon in die alten Statuten war als Zweck der Organisation die „Pflege des Lehrlingswesens“ aufgenommen. Etwas neuwertiger ist und konnte wohl auch unter den damaligen Verhältnissen nicht geschehen; das war auch verständlich, muß doch eine Organisation, die einen erzieherischen Einfluß auf die lernende Jugend ausüben will, selbst erst die nötige Reife erlangt haben. Der heutige Stand unsers Verbandes und die Entwicklung der letzten Jahre dürften aber zur Lösung dieses Problems den Befähigungsnachweis besitzen.

Daß der Lehrling unter den heutigen Verhältnissen für den Arbeitgeber in den meisten Fällen nur als billige und willige Arbeitskraft für grobe Anstreicherarbeiten und als Lastträger zum Transportieren der Geräte usw. sehr begehrt und geschätzt wird, ist leider eine alte Erfahrung, hindert die Arbeitgeber andererseits aber nicht, von dem von ihnen selbst ausgebildeten Gehilfen eine Leistungsklausel zu verlangen. Die Innungen, die in ihrem Bestreben jede Ausbeutung der Fachschulbildung bekämpfen und einzuschränken suchen, und mehr die Ausnutzung der Lehrlinge anstatt die Ausbildung zu fördern bestrebt sind, haben in ihrer Mächtigkeit vollständig versagt.

Es muß nun unsere Pflicht und Aufgabe sein, den Gang der Ausbildung unsers jungen Nachwuchses zu fördern, wir müssen schon in dem Lehrling ein selbständiges Wesen erblicken und durch verständige Belehrung dem Lehrling eine Stütze sein. Die Lehrlinge für die Allgemeinbildung anzuregen, das Interesse für die Natur, Gesundheitspflege und körperliche sowie geistige Ausbildung zu wecken und für den Lehrlingssehrer einzutreten.

Durch die in den einzelnen Orten eingeleiteten Jugendauschüsse muß es unsere Aufgabe sein, auch unsere Lehrlinge anzuregen, damit sie an den Veranstaltungen teilnehmen. Durch diese Tätigkeit wird es gelingen, daß auch die Lehrlinge schon frühzeitig den Wert der gewerkschaftlichen Tätigkeit erkennen und mit der Beendigung der Lehrzeit schon als überzeugte Gewerkschafter in die Organisation aufgenommen werden können. In diesem Sinne ist diese Tätigkeit zugleich als Vorbereitung für die gewerkschaftliche Organisation von sehr schätzbarem Wert und dürfte dann manche Handlung, durch die des öfteren unseren jungen Mitgliedern wegen Unkenntnis oder mangelnder Schulung mildere Umstände zugestanden werden müssen, nicht mehr vorkommen.

Es soll nun die Schwierigkeit dieser Aufgabe nicht verkannt werden, auch müssen materielle Opfer gebracht werden, um Erfolge zu erzielen; aber die Schwierigkeit dieser Sache darf uns in Anbetracht des großen Wertes dieser Tätigkeit nicht abhalten, dieser Frage näher zu treten und sie zu regeln.

Damit aber diese Tätigkeit praktisch in Angriff genommen wird und auch eine Uebersicht über die event. Entwicklung möglich ist, empfiehlt es sich, daß von der Zentrale aus eine Lehrlingsabteilung mit einem besonderen Reglement bzw. Statut gebildet wird.

Als Grundlage für die erwähnte Lehrlingsabteilung mag folgender Vorschlag dienen:

1. Men Lehrlingen während ihrer Lehrzeit in der geistigen, körperlichen und fachlichen Ausbildung behilflich zu sein durch Belehrung in Wort und Schrift und Pflege der Geselligkeit.

2. Die Lehrlinge bei eintretender Krankheit mit einem Krankengeld zu unterstützen und bei einem event. Ableben zu den Begräbniskosten eine Beisteuer zu gewähren.

3. Zum Eintritt sind alle Lehrlinge berechtigt, die das Maler- und Lackiererhandwerk erlernen. Der Beitrag beträgt 10 J pro Woche. Eintrittsgeld wird nicht erhoben.

4. Mit der Beendigung der Lehrzeit hört die Mitgliedschaft in der Lehrlingsabteilung auf und es beginnt die Verbandsmitgliedschaft. Die in der Lehrlingsabteilung geleisteten Beitragswochen werden dann zur Hälfte als Volkbeiträge zu den Unterstützungsanstalten angerechnet.

Wögen unsere Delegierten die Anregungen und Vorschläge eingehend prüfen, damit aus der Behandlung dieser Frage etwas Praktisches hervorgeht. S.

Ein Vorschlag zur Ausgestaltung der Lohn- und Arbeitsmarktstatistik.

Die wirtschaftliche Krise, in der wir uns befinden, läßt es wieder deutlich zum Bewußtsein kommen, daß unsere Statistik zur Erfassung der Erscheinungen des wirtschaftlichen Lebens noch sehr mangelhaft ist. Das „Reichsarbeitsblatt“ und andre Publikationen bringen zwar eine Unmenge von Ziffern und Daten; bei näherer Betrachtung aber merkt man, daß das Ganze recht lückenhaft, in einzelnen Teilen sogar unzuverlässiges Stückwerk ist. Das gilt sowohl hinsichtlich der Lohn- als auch der Arbeitsmarktstatistik.

Am jetztesten sind noch zuverlässige und umfassende Lohnstatistiken. Zwar haben sich eine Reihe von Gewerkschaften zur Aufgabe gemacht, möglichst regelmäßige Erhebungen über die Lohnverhältnisse ihrer Mitglieder vorzunehmen, doch umfassen solche Statistiken immer nur einen Bruchteil der in Frage kommenden Arbeiterkategorien (und zwar nicht den schlechtest gestellten) und dann haben sie im übrigen teilweise Mängel, die bei derartigen privaten Umfragen unvermeidlich sind. Behördlicherseits sind auch schon in Verbindung mit den Abschätzungen zur Einkommensteuer lohnstatistische Untersuchungen vorgenommen worden, indes nur sehr spärlich, und zwar wegen der Schwierigkeiten, die gerade dieses Gebiet der Statistik bietet.

Etwas besser ausgestattet ist die Berichterstattung über die Lage des Arbeitsmarktes. Sie fließt zurzeit aus vier verschiedenen Quellen. Den eigentlichen Arbeitsmarkt beleuchtet die Art und Weise der Arbeitsnachweise, bei denen für einen bestimmten Ort oder Bezirk aus dem Verhältnis der Arbeitsuchenden zu den offenen Stellen auf den Bedarf an Arbeitskräften geschlossen werden kann. Die Veränderung des Beschäftigungsgrades sucht man aus den Mitgliederziffern der Krankenkassen, die die Bewegung der gewerblich Beschäftigten widerspiegeln, und aus den Einnahmen der Landesversicherungsanstalten aus dem Verkauf von Invalidenversicherungsmarken zu ermitteln. Als vierte Quelle haben wir die monatlichen Arbeitslosenzählungen der Fachverbände, welche die Arbeitslosenunterstützung eingeführt haben, die für einen großen Teil der organisierten Arbeiterschaft Auskunft über die Zahl der arbeitslosen Mitglieder geben.

Was zunächst die Berichte der Arbeitsnachweise, wie sie allmonatlich im „Reichsarbeitsblatt“ veröffentlicht werden, anbetrifft, so ist dazu zu bemerken, daß sie nur von geringen Ausnahmen abgesehen, die Verhältnisse in den Großstädten beleuchten, da die kleinen Orte und sogar noch der größte Teil der Mittelstädte noch keine Arbeitsnachweise besitzen. Das Bild ist aber nicht nur unvollständig, sondern auch direkt falsch dadurch, daß das Arbeitsnachweisen noch nicht zentralisiert ist und das Ergebnis der verschiedensten Arbeitsnachweise — der Arbeiter (Gewerkschaften), der Arbeitgeber, paritätische — in die Veröffentlichung aufgenommen werden. Arbeiter, die zunächst bei dem Nachweis ihrer Gewerkschaft keine Arbeit erhalten haben, wenden sich dann an die andern Nachweise und erscheinen so doppelt und dreifach in der Statistik. Dadurch wird das Gesamtbild verschoben, d. h. zu ungünstig gestaltet, woran aber die Arbeiter ebensowenig ein Interesse haben wie an einer zu günstigen Darstellung. Gänzlich unbrauchbar sind die Angaben über die Beitragseinnahmen der Landesversicherungsanstalten für die Beurteilung des Arbeitsmarktes. Die Untauglichkeit ist so offensichtlich, daß man sich wundern muß, daß das Kaiserliche Statistische Amt diese Angaben immer noch weiter führt. Nimmt man z. B. das Novemberheft des Reichsarbeitsblattes zur Hand, so findet man, daß der Erlös aus den Beitragsmarken im Oktober um ca. 1 1/4 Millionen Mark höher war als im September. Im Jahre 1907 erhöhte sich die Einnahme im Oktober gegenüber der im September sogar um 2 1/2 Millionen. Es hat dies keine Ursache nicht etwa in einer entsprechend günstigeren Gestaltung des Arbeitsmarktes, sondern in der Gewohnheit vieler Unternehmer und Krankenkassen, die Beitragsmarken in vierteljährlichen Zwischenräumen zu verwenden, was zur Folge hat, daß der erste Monat im Quartal immer sehr hohe Markenanläufe aufweist. Die Arbeitslosenzählungen der Fachverbände umfassen ebenfalls nur einen Bruchteil der Arbeiterschaft. Auch gegen die Art und Weise dieser Zählungen sind schon, namentlich von Richard Calver, Bedenken erhoben worden.

Am zuverlässigsten dürften in der gegenwärtigen Berichterstattung über die Lage des Arbeitsmarktes noch die Zusammenstellungen über die Mitgliederbewegungen der Krankenkassen sein. Indes ist auch dieses Bild noch mangelhaft. Von ca. 23 500 Krankenkassen des Deutschen Reiches berichten nur ca. 3500.

Eine wesentliche Bervollkommnung der gegenwärtigen Einrichtungen könnte erzielt werden, wenn die Geschäftsergebnisse der gesamten Krankenversicherung systematisch ausgearbeitet und zur Wirtschaftsstatistik herangezogen würden. Die Krankenkassenverwaltungen sind in der Lage, ein ungeheures sozialpolitisches Material zutage zu fördern und es dem öffentlichen Leben dienstbar zu machen. Es ist darauf hinzuwirken, daß diese Schätze endlich gehoben werden.

Bereits im Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands 1907, S. 247, ist von Dr.

Alceis auseinandergesetzt, wie die Klassen auf einfache Weise in der Lage sind, Lohnstatistiken aufzunehmen. Die Klassen könnten bekanntlich (vom § 20 Abs. 2 des Krankenversicherungsgesetzes Gebrauch machend) zur Bemessung der Beiträge und Unterstützungen ein Klassensystem einführen, das einzig und allein die Lohnhöhe der Versicherten berücksichtigt. Dieses System, das gegenüber den sonst noch angedachten eine Reihe von Vorzügen besitzt, ist von einer großen Zahl von Klassen eingeführt worden, die Arbeitgeber haben solchenfalls bei der Anmeldung der versicherungspflichtigen Personen genaue Angaben über deren Lohnverhältnisse und deren Veränderungen zu machen. Die Klassen, die ein Lohnklassensystem eingeführt haben, erhalten die Lohnstatistik schon dadurch, daß sie die Angehörigen jeder Lohnklasse zählen. Das Kaiserliche Statistische Amt hat bereits Anregungen zur Ausgestaltung dieser Erhebungen gegeben — bis jetzt noch nicht viel erreicht worden. Am vollständigsten sind die Statistiken von der Ortskrankenkasse in Leipzig eingereicht worden, wie deren regelmäßige Veröffentlichung im Reichsarbeitsblatt zeigen. Die Weiterentwicklung wird bei der bevorstehenden Reform der Arbeiterversicherung noch durch Zentralisation des Klassensystems durch gleichmäßige Gestaltung der Lohnklassen und einheitliche Berichterstattung für eine allgemeine Ausbarmachung solcher Lohnstatistiken sorgen müssen.

Kürzlich ist nun von Prof. Silbergleit, dem Direktor des Statistischen Amtes der Stadt Berlin, ein großzügiger Vorschlag in derselben Richtung gemacht worden. Nach ihm sollen die Meldungen für alle versicherungspflichtigen Personen einheitlich und entsprechend inhaltreich gestaltet werden. Das gesamte Material sei dann in den ersten Tagen eines jeden Monats an eine bestimmte Zentralstelle jedes Orts oder Bezirks abzugeben, die dadurch von jedem in dem vorhergehenden Monat erfolgten Eintritt in versicherungspflichtige Beschäftigung und Austritt aus derselben unterrichtet ist. Der statistischen Bearbeitung des Materials, sei es in der Richtung des Beschäftigungsgrades, sei es in der Richtung des Arbeitsmarktes — und, so fügen wir hinzu, sei es in der Richtung lohnstatistischer Feststellungen — wären die Wege in noch näher zu bezeichnender Art und Ausdehnung gebahnt. Für die Praxis des statistischen Dienstes müßte die Form des Individualblattes (d. h. eines Meldeformulars immer nur für eine Person) eingeführt werden, das dann zum Nachweis des Wohnungs- und Arbeitswechsels sowie der Bedingungen des letzteren wird. Einem Kombinationsfragen Gemüt eröffnet sich die Aussicht auf ein schier unabsehbares Gebiet höchst bedeutamer Bevölkerungs- und sozialpolitischer Feststellungen, die schließlich das Material abgeben zu einer Lehre vom beruflichen Schicksal des Arbeitnehmers, zu einer Morphologie des Arbeitsverhältnisses.

Man kann dem nur voll zustimmen. Man muß sich überhaupt wundern, daß das statistische Material, das die Krankenkassen bieten können, noch nicht weiter verwendet worden ist. Die amtliche Statistik der Krankenversicherung ist gegenwärtig so mangelhaft, daß sie selbst nicht einmal über die wichtigsten Fragen Auskunft gibt. Was sie bietet, ist noch dazu teilweise ganz unrichtig. Auch nach dieser Richtung muß die bevorstehende Reform der Krankenversicherung durchgreifende Verbesserungen bringen, die leicht erzielt werden können.

Die Gewährung der Heilmittel seitens der Krankenkassen

G. Nach dem § 6 des Krankenversicherungsgesetzes sollen die Krankenkassen u. a. mindestens gewähren: vom Beginn der Krankheit ab freie ärztliche Behandlung, Arznei sowie Brillen, Bruchbänder und ähnliche Heilmittel. Ueber die Gewährung der Heilmittel entstehen nun häufig Differenzen zwischen den Versicherenden und den Krankenkassen, so daß es sich lohnen dürfte, auf den Begriff „Heilmittel“ etwas näher einzugehen. Zunächst ist daran festzuhalten, daß unter „ähnliche Heilmittel“ nur solche verstanden werden, die den Preis der Brille oder eines Bruchbandes nicht erheblich übersteigen. Bei der Beratung der Novelle von 1903 wurde beantragt, die Worte „ähnliche Heilmittel“ zu ersetzen durch „sonstige Heilmittel“ sowie die zur Sicherung des Heilverfahrens und zur Erleichterung der Folgen der Verletzung erforderlichen Hilfsmittel (Stützen, Stützapparate u. dgl.). Dieser Antrag wurde aber abgelehnt, trotzdem der § 9 des Gewerbeunfallversicherungsgesetzes diesen Wortlaut hat. Würde man sich diesem Wortlaut anschließen haben, so wäre eine große Anzahl Streitigkeiten aus der Welt geschafft worden. Nach der bevorstehenden Reform der Sozialgesetze scheint man auch diese Unklarheiten, wie so viele andere in den Arbeitsversicherungsgesetzen, nicht beseitigen zu wollen. Bezüglich des Unfallversicherungsgesetzes ist zu bemerken, daß hier die Verletzten ohne weiteres Anspruch auf künstliche Gliedmaßen haben. Der Anspruch hierauf fällt beim Krankenversicherungsgesetz fort.

Im allgemeinen werden als „ähnliche Heilmittel“ nach dem § 6 des Krankenversicherungsgesetzes die mechanischen Hilfsmittel zu gelten haben, die eine Besserung des Leidens herbeiführen oder einer Verschlimmerung vorbeugen, mit der Heilung in direkter Verbindung stehen und zur Sicherung des Erfolges der Kur notwendig sind, z. B. Binden, Verbandzeug usw. Nach dem § 21, Ziffer 3a des Krankenversicherungsgesetzes können die Krankenkassen für die Dauer eines Jahres nach beendeter Krankenunterstützung die Fürsorge für Rekonvaleszenten übernehmen, namentlich auch die Unterbringung in eine Rekonvaleszenzanstalt gewähren. Klassen, welche eine diesen Paragraphen entsprechende Bestimmung in ihr Statut aufgenommen haben, können den Begriff „Heilmittel“ also weiter ausdehnen; diese Klassen können auch neben der eigentlichen Krankenunterstützung gewisse Stärkungsmittel, Krankenloft usw. gewähren.

Ueber die Frage, ob den in Walderholungsstätten untergebracht oder von solchen Gebrauch machenden Genesenden ein Krankengeld bzw. eine Geldunterstützung gewährt werden dürfe, ergab sich sowohl seitens der Bundesratsvertreter als der Kommission die übereinstimmende Meinung, daß die Rekonvaleszenten nicht mehr Kranke im Sinne des Gesetzes seien, daher könne ihnen ein Krankengeld in keinem Falle mehr gewährt werden; maßgebend für sie sei vielmehr das Bedürfnis der Rekonvaleszenten in jedem Einzelfalle. Zu diesem Zwecke könnten Wädeln, Luffkuren usw. und wenn das Bedürfnis es erfordert, auch Geldunterstützungen — nur nicht als Krankengeld — gewährt wer-

den. Eine grundsätzliche Regel sei nicht anzustellen, es müsse von Fall zu Fall entschieden werden.

Nach diesen Ausführungen brauchen also die Klassen, sofern sie von dem § 21 Ziffer 3a Gebrauch gemacht haben, den Begriff „ähnliche Heilmittel“ gar nicht so engberzig anzulegen. Aber auch ohne dieses umfaßt der Begriff „ähnliche Heilmittel“ alle Mittel, welche mit der Krankenbehandlung in unmittelbarem Zusammenhang stehen und zur Sicherung des Erfolges notwendig sind, z. B. Stärkungsmittel, Milch, Wein usw., ferner auch Tätigkeiten, welche auf Zuführung von Kräften usw. gerichtet sind, z. B. Massage, Galvanisieren, Gymnastik, Bäder u. dergl. Im Interesse der Klassenmitglieder ist es dringend wünschenswert, wenn die Klassen allgemein danach streben, an Stelle der Mindestleistungen höhere Leistungen einzuführen, damit die Streitigkeiten über den Begriff „ähnliche Heilmittel“ verschwinden.

In der Regel werden nun Beinfüßten, Beinbeschneiden, Reparaturen, Plattfußstiefeln, Zahngelisse, Stützorsetts nicht als sogenannte „ähnliche Heilmittel“ anzusehen sein. Der Preis einer Brille oder eines Bruchbandes beträgt meistens 2 bis 10 Mark, ausnahmsweise auch bis zu 25 Mark. Zumeist könnten einfache Stützorsetts bis zu etwa 25 Mark den Mitgliedern geliefert werden. — Der badische Verwaltungsgerichtshof dagegen hat bereits ein Stützorsett zum Preise von 40 Mark nicht mehr als ein sogenanntes „kleines Heilmittel“ angesehen. Dem Versicherten konnte also dieses Stützorsett seitens der Klasse nicht geliefert werden. Derselbe Gerichtshof hat es auch abgelehnt, einen orthopädischen Stiefelapparat zu 50 Mark von der Klasse liefern zu lassen. — Nach einem Bescheide des Spruchkollegiums des württembergischen Krankenkassenverbandes gelten Plattfußstiefel zwar nicht als Heilmittel. Wenn aber auf ärztliche Verordnung ein Paar Stiefel mit einer denselben sonst nicht eigentümlichen besonderen Vorrichtung, wie z. B. Schienen, versehen werden, um dadurch das Heilverfahren unmittelbar zu unterstützen und nachhaltiger zu gestalten, so fällt eine solche Vorrichtung unter den Begriff des Heilmittels.

Zahngelisse ist kein Heilmittel, dagegen sind die Klassen verpflichtet, die Kosten für Plomben zu tragen. Das Landgericht Berlin hat unter dem 1. Mai 1905 nach der Zeitschrift „Arbeiterversorgung“ entschieden, daß ein künstliches Gebiß unter Umständen ein Heilmittel darstellen könne und würde es in dem dem Gerichte vorliegenden Falle auch sein, wenn die Behauptung des Klägers richtig wäre, daß nach dem Gutachten des Sachverständigen das Gebiß zur Heilung von Gesichtsnerven dienen soll; denn dann würde es dazu bestimmt sein, den in ihren Funktionen gestörten Gesichtsnerven die normale Funktionsmöglichkeit wieder zu gewähren. Nach ärztlichem Gutachten ist das Gebiß aber notwendig, da ohne dasselbe beim Kläger Verdauungsleiden und Magen-erkrankungen eintreten können. Es handelt sich also lediglich um Erhaltung eines verloren gegangenen Organs durch ein künstliches, nicht um ein Heilmittel, sondern um eine Präventivmaßregel. Und solche auf ihre Kosten zu bezahlen ist nicht Aufgabe der Krankenkassen. Das braunschweigische Verwaltungsgericht hat dagegen kürzlich entschieden, daß die Lieferung künstlicher Gebisse nicht prinzipiell von den Klassen abgelehnt werden dürfe. Demzufolge hat dieses Gericht einem Patienten die Kosten eines Gebisses an Stelle von vier oberen Schneidezähnen, die ihm fehlten, zugesprochen. Durch das Fehlen der Schneidezähne war das Mitglied magentkrank geworden und diesem Übel konnte nur durch Ergänzung der fehlenden Schneidezähne abgeholfen werden. Allerdings betonte das Gericht noch, daß auch in Fällen dieser Art das Krankenversicherungsgesetz nur sehr vorsichtig angewendet werden müsse; es solle nämlich auch die Möglichkeit gegeben sein, daß das Gebiß bei mäßigem Preise in einer Weise gearbeitet sei, daß kostspielige Reparaturen oder gar baldige Erneuerung nicht zu erwarten seien. Das Plombieren kariöser, überhaupt kranker Zähne ist in allen Fällen gleichmäßig zu gewähren, in welchen die Notwendigkeit zur Heilung einer Krankheit ärztlicherseits festgestellt ist. Zum Füllen soll aber nur das billigste Material genommen werden. Mit der Behandlung können bei Zahnleiden außer dem Arzte auch Zahntechniker betraut werden.

Was nun noch die Gewährung der Brillen und Bruchbänder anbetrifft, so ist darauf aufmerksam zu machen, daß diese auch nur gewährt werden, wenn ein ärztliches Attest vorliegt. Eintretende Kurzsichtigkeit, Weitichtigkeit oder Schwäche der Augen, ebenso die Entstehung des Bruches ist als Krankheit anzusehen und begründet somit den Anspruch auf Lieferung der Brille oder eines Bruchbandes. Wenn der Zustand der Augen oder des Bruches sich derart ändert, daß eine andere Nummer der Brille oder eine andere Art des Bruchbandes notwendig wird, so soll dies gleichfalls als eine besondere Krankheit angesehen und als Heilmittel neu gewährt werden. Somit haben die Mitglieder bei gleichbleibender Krankheit direkt keinen Anspruch auf Erneuerungen der Brillen oder Bruchbänder an die Krankenkassen; allerdings können die Klassen auch hier ihren Mitgliedern sehr entgegenkommen und Aufgabe der Klassenverbände muß es sein, in dieser Beziehung die gesellschaftlichen Bestimmungen human anzulegen.

Zum Schluß soll bei dieser Gelegenheit noch darauf hingewiesen werden, daß das Größte und Beste auf dem Gebiete der Krankheitsvorbeugung (Prophylaxe) geleistet werden kann. Zur Verhütung der Krankheiten gehört aber auch eine durchgreifende Wohnungsreform und Gewerbehygiene. Die Krankenkassen müssen Hand in Hand mit dem Gewerbeinspektor gehen, damit in die Fabriksäle und Werkstätten mehr Licht und Luft hineingebracht wird. Auf die Reinigung der Arbeitsräume möge ebenfalls das nötige Augenmerk gerichtet werden. Endlich soll aber auch nicht unerwähnt bleiben, daß bei der Krankheitsverhütung das Einkommen des Arbeiters eine große Rolle spielt. Je größer das Einkommen, desto bessere Wohnungen können sich die Arbeiter zulegen und ferner desto bessere und kräftigere Nahrungsmittel können sie sich kaufen. Bei den jetzigen Löhnsverhältnissen, der herrschenden Kleinmüt und der Krise greift aber bei vielen Familien eine Unterernährung Platz und die Folge davon ist die Belastung der Krankenkassen. Von diesen Gesichtspunkten ausgehend, ist die Forderung zur Erzeugung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen nur zu

begrüßen, zumal dadurch die Krankenkassen mit entlastet werden.

Stimmen zur Generalversammlung.

Vorzüglich der Frage des Reichstaxifis stehe ich auf dem Boden der Hamburger Resolution. Im übrigen wird die Zukunft uns ja lehren, was der Reichstaxif uns bringen wird, ob aber die Vorteile, die er uns bringen wird, die Nachteile wird aufwiegen können, ist zum mindesten sehr zweifelhaft.

Etwas eingehender möchte ich mich mit einer andern Frage, der Arbeitslosenunterstützung, beschäftigen. Wenn auch immer wieder darauf hingewiesen wird, daß die Gewerkschaftsverbände Kampforganisationen sind, so läßt sich doch nicht verkennen, daß die Unterstützungsvereinigungen der Gewerkschaften ein notwendiges Übel geworden sind, die zur Stärkung der Organisationen sehr erheblich mit beitragen. Ebenfalls läßt sich nicht verkennen, und wird auch kein Kollege, der Gelegenheit gehabt hat, die segensreiche Wirkung der Arbeitslosenunterstützung der übrigen Organisationen zu beobachten, bestreiten wollen, daß in unserm Berufe diese Unterstützung ebenfalls zur Notwendigkeit geworden ist. Es handelt sich bei uns eben nur um das „Wie“. Neben den jetzigen Unterstützungen auch noch eine Arbeitslosenunterstützung, die einigermaßen ihren Zweck erfüllt, einzuführen, ist ohne erhebliche Beitragserhöhung von vornherein ausgeschlossen. Ob es nun aber dem Verbaue zum Vorteil gereicht, die Beiträge, sei es nun freiwillig oder obligatorisch, dorthin zu erhöhen, bezweifle ich. Da bleibt eben nur die Frage offen: Wie ist die Unterstützung einzuführen, ohne nennenswerte Beitragserhöhung? Hierzu möchte ich folgenden Vorschlag machen: Von den bereits bestehenden Unterstützungen brauchen wir nur die „Sterbenunterstützung“ und den „Rechtschutz“. Alle übrigen Unterstützungen, mögen sie heißen wie sie wollen, können in Wegfall kommen, an ihre Stelle tritt eine Erwerbslosenunterstützung, die nach einjähriger Mitgliedschaft und bei jungen Kollegen, die innerhalb vier Wochen nach beendeter Lehrzeit dem Verbaue beitreten, sofort einsetzen kann. Um der Fluktuation Einhalt zu gebieten, ist eine Staffelung der Unterstützungssätze notwendig. Jedes Mitglied wird, wenn es weiß, daß die Sätze immer höher werden, im eigenen Interesse dafür Sorge tragen, daß seine Mitgliedschaft nicht verloren geht. Um nun allen Mitgliedern, auch denjenigen, die das Glück haben, das ganze Jahr Beschäftigung zu haben, gerecht zu werden, kann es jedem einzelnen Mitgliede freigestellt werden, wann es sich seine Unterstützung ausbezahlen lassen will, ob im Sommer, bei Eintritt einer etwaigen Krankheit usw., oder ob es sich die Unterstützung bis zum arbeitslosen Winter aufsparen will. Die wandernden Kollegen können sich die Unterstützung eventuell in Form einer Reiseunterstützung auszahlen lassen. Wer sich eben meldet, gleichviel in welcher Jahreszeit, und den Nachweis bringt, daß er erwerbslos ist, erhält seine Unterstützung; wer ausgetanert ist, bekommt eben nichts mehr. Die Ausgetanerten müssen, vom Tage der Aussteuerung an gerechnet, wieder ein volles Jahr Beiträge zahlen, bis sie wieder bezugsberechtigt sind, genau wie jetzt bei der Krankenkassenunterstützung. Hier müssen allerdings Vorkehrungen getroffen werden, daß kein Mitglied ohne eigenes Verschulden, während der Erwerbslosigkeit wegen rückständiger Beiträge gestrichen werden kann. Tritt nach der Aussteuerung Erwerbslosigkeit ein, muß jeder, der bis zum Eintritt derselben seine Beiträge bezahlt hat, Anspruch auf eine 13wöchige Beitragsstundung haben. Danert nach Ablauf dieser Zeit die Erwerbslosigkeit noch fort, muß er von da ab bis zur Beendigung Anspruch auf beitragsfreie Marken haben, die jedoch zur Wiedererlangung der Unterstützung nicht mitzählen. Nach Beendigung der Erwerbslosigkeit werden die gestundeten 13 Wochenbeiträge nachbezahlt und das Mitglied tritt wieder in seine alten Rechte ein. Oberflächlich betrachtet, scheint der Vorschlag allerdings etwas kompliziert, im großen und ganzen jedoch ist es die Norm der jetzigen Krankenkassenunterstützung. Auch ist von anderer Seite die Schwierigkeit der Kontrolle hervorgehoben, meines Erachtens ohne Grund. Erstens muß es ein abgefeimter Schurke sein, der sich jeden Tag vom Arbeitgeber seine Karte geben läßt, lediglich um die Unterstützung heben zu können; zweitens müssen in kleineren Orten, wo keine Angestellten sind, die jeweiligen Erwerbslosen gegenseitig sich selbst kontrollieren. Der Einwurf, daß in unserm Berufe die Arbeitslosigkeit eine so große ist, ist nicht stichhaltig. Nehmen wir z. B. an: 80 bis 90 Prozent aller Mitglieder sind im Laufe eines Jahres mehr oder weniger erwerbslos; rechnen wir hiervon die Hälfte als ausgetanert oder noch nicht bezugsberechtigt ab, so kämen jährlich nur 40 bis 45 Prozent aller Mitglieder für die Unterstützung in Betracht. Wenn nun alle jetzt bestehenden Unterstützungen — ausschließlich der beiden oben erwähnten — in Wegfall kommen und, wie auch bereits von anderer Seite hervorgehoben worden ist, die kostspieligen Generalversammlungen (die in den Arbeitslosenvereinigungen mehr wie Ersatz finden) beseitigt oder wenigstens auf alle fünf Jahre eingeschränkt werden, so hätten wir meines Erachtens auch die Mittel, um eine Erwerbslosenunterstützung einführen zu können. Sollten die auf diese Weise flüssig gewordenen Gelder nicht ausreichen, wird kein Kollege etwas dagegen einzumenden haben, wenn zu diesem Zwecke der Beitrag in den Sommermonaten mäßig erhöht wird. Demnach wäre die Deckungsfrage ebenfalls gelöst. Der Generalversammlung ist zu empfehlen, den Hauptvorstand zu beauftragen, im Verein mit dem Ausschuss einen auf dieser Basis aufgebauten Entwurf auszuarbeiten und ihn baldmöglichst den Mitgliedern zur Abstimmung zu unterbreiten. Wird der Entwurf angenommen, kann alsdann die neue Unterstützung gleich in Kraft treten. Dies ist meines Erachtens der gangbarste Weg, um die Arbeitslosenunterstützungsfrage erstmalig zu regeln, ausbauen können wir später immer. S. I. E. J. T. o. f. t.

ihre Meinungen geäußert. Deshalb möchte ich nur zur Arbeitslosenunterstützung noch einige Mitteilungen machen. Leicht ist es für den Verband der Maler usw. keineswegs, eine Arbeitslosenunterstützung einzuführen, denn gerade im gesamten Bauberuf sind die Maler und Anstreicher diejenigen, die stets die bedeutendste Arbeitslosigkeit aufzuweisen haben. Maurer, Zimmerer, Tischler usw. haben alle darunter zu leiden, doch nicht annähernd so, wie der vorstehend genannte Beruf. Hier gibt es nur noch eins, und das ist unsere Selbsthilfe, Schaffung einer eigenen Versicherung gegen diese alljährlich wiederkehrende chronische Erscheinung. Sind es doch tiefbedauerliche Zustände in unserem heutigen wirtschaftlichen Leben, wenn man wie lechzt im „Vereins-Anzeiger“ lesen muß, daß ein Kollege in München wegen Arbeitslosigkeit und Krankheit freiwillig aus dem Leben scheidet. Technischer Unterlagen will ich hier nicht bringen, denn sie würden wahrscheinlich doch hinsichtlich sein, jedoch würde ich empfehlen, die 37 Sommerwochen um 20 bis 30 J pro Woche zu erhöhen (höher nicht, um kein Mitglied zu verlieren), um dann nach noch näher festzusetzender Zeit mit den Unterhaltungen beginnen zu können und so den Kollegen in den Winterwochen einen Notgroschen bieten zu können. Zu empfehlen ist meines Erachtens noch, vorläufig nur erst mal in den beiden härtesten Wintermonaten, Dezember und Januar, Unterstützung zu gewähren. Sie könnte dann, wenn man erst Erfahrung gesammelt hat, eventuell weiter ausgedehnt werden. Einige Schwierigkeiten wird es ja in den örtlichen Verwaltungen noch geben betreffs der Kontrolle, doch ließe sich da schon Wandel schaffen. Darum sind unsere Delegierten dazu berufen, zu dieser wichtigen Tagesfrage Stellung zu nehmen. Mit der herrschenden Arbeitslosigkeit beschäftigt man sich zurzeit überall, sei es in den Parlamenten, in Kommunen; jedoch wenig oder gar nichts wird dem gesamten Proletariat geboten. Verlassen wir uns nicht auf den Staat, der hilft uns schon lange nicht. Wir selbst müssen Hand anlegen, und wenn Menschen nur wollen, dann geht auch alles, alles. Bauer, Cottbus.

Es verlohnt sich wirklich nicht, auf die Ausführungen des Kollegen G. H. Hamburg-Gimsbüttel näher einzugehen, denn es scheint ihm nicht gelungen zu sein, sich in die Materie hineinzufinden. Meine Ausführungen hat er sicher falsch ausgelegt, denn von einem „mit fliegenden Fahnen in den Reichstaxif stürmen“ kann gar keine Rede sein.

Zu meiner großen Ueberraschung hat sich der Kollege Lassen ziemlich zu meiner Ansicht geneigt. Daß man nicht wie die Wolke ins Licht flattern soll, sondern jedes neue Experiment prüfen, schrieb ich bereits. Ebenso kommt schon in meinen Ausführungen zum Ausdruck, daß eine Antipathie gegen jede Neuerung besteht. Selbstverständlich will ich dann auch das, was der Kollege Lassen zum Schluß anführt, nämlich, daß unsere Delegierten vorichtig prüfen, ob dieses oder jenes uns zum Vorteil oder Nachteil gereicht. Das ist denn aber auch etwas ganz anderes, als wenn man von vornherein die Verhandlungen ablehnen will. Man hat es ja schon so oft gehört: „Kollegen! Ich bin auch derselben Meinung...“ Ottenfen. B. S. Hausfeldt.

Lohnbewegung.

3. Bezirk.

Kiel. Wir müssen leider mitteilen, daß die Firma Mächler-Düffeldorf ihre Arbeiten auf der Kaiserlichen Werft beenden konnte, ohne daß es uns möglich war, irgendwelchen Einfluß darauf ausüben zu können. Wenn wir trotz der großen Arbeitslosigkeit auch verhindert haben, daß Kieler Kollegen bei der Firma in Arbeit traten, so war es uns aber nicht möglich, die Düffeldorfer „Auch-Kollegen“ von der Schlußleistung ihrer Handlung zu überzeugen. Auf den näheren Sachverhalt werden wir später noch zurückkommen, zunächst nur eine Erwiderung auf die Ausführungen des Obermeisters T. a. u. t. i. e. l. in der Nr. 20 der „Allgemeinen Malerz. g.“. Herr Taut besagt sich über den Kontrolldienst unserer Kollegen bei dieser Sperrung, indem er schreibt: „Wenn in der nunmehr drei Monate dauernden Zeit noch nicht einmal die Namen der tarifbrüchigen Düffeldorfer Anstreicher ermittelt sind, so muß eben der Kontrolldienst der Kieler Malergehilfen nicht funktionieren.“ — Solche Unrichtigkeiten lassen sich zwar schnell zu Papier bringen, besonders wenn, wie wir konstatieren können, der Schreiber selbst absolut nichts dazu beigetragen hat, gegen die gesperrte Firma vorzugehen. Da hätte sich Herr Taut ein Beispiel am seinem Kollegen in Hamburg nehmen können, der in dieser Beziehung mit unserer Verwaltung ganz energisch vorgegangen ist. Wäre er natürlich auch in seiner warmen Stube sitzen geblieben, wäre die Differenz auf der Auskammerung sicherlich nicht so schnell im Interesse beider Teile erledigt worden. Daß die Werft nicht betreten werden darf, wird ja zugegeben. Den Leuten vor den Türen anpassen, wo ca. 7000 Arbeiter aus- und eingehen, hält auch schwer. Herr Taut war ja allerdings noch nicht da, dennoch glauben wir annehmen zu dürfen, daß er ungefähr eine Ahnung hat, wie es da zugeht. Die Arbeiter auf der Kaiserlichen Werft kamen nicht mit den betreffenden Düffeldorfern in Verbindung, und wenn sie es getan hätten bei dem herrschenden Aufpasserhysterium, würden sie sofort entlassen worden sein. Dies kümmert zwar die Arbeitgeber herzlich wenig, uns kann es aber nicht gleichgültig sein.

Wir geben Herrn Taut recht, daß es tief bedauerlich ist, daß unter dem Schutze der Werkordnung sich derartige Zustände dauernd erhalten können. Wir haben seinerzeit, als alle Vorstellungen bei der Firma Mächler sowohl wie bei ihrem Vertreter und auch bei den Arbeitern nichts nützten, ein Schreiben an den Oberwerftdirektor v. Uebem gerichtet, in dem die ganze Sachlage dargelegt wurde; das weitere wurde darauf hingewiesen, daß die Leute bei Mächler meistens ungelernete Arbeiter sind, die Werftbehörde aber ein Interesse daran haben müßte, ihre Arbeiter von gelehrten Arbeitern auszuführen zu wissen. Der Oberwerftdirektor hat es nicht der Mühe wert gehalten, uns zu antworten, geschweige denn gegen die Firma vorzugehen. Eine weitere Anfrage an den Oberwerftdirektor, ob es ihm bekannt sei, daß die Leute, die bei Mächler anfangen zu arbeiten, einen Nevers

unterschreiben müßten, daß sie keiner gewerkschaftlichen Organisation angehörten, weil dies nach Aussage des Vorkers der Firma von der Werftbehörde verlangt würde, wurde ebenfalls nicht beantwortet. Wo waren Sie da gewesen, Herr Taut, um Ihren Einfluß auf die Direktion auszuüben?

Ans unserem Berufe.

Herrn Dr. Mugdan ins Albnm.

O, daß ich tausend Zungen hätte und einen tausendfachen Mund, damit ich es allen Kollegen verkünden könnte, um Ihnen in dieser düsteren Zeit auch einmal zum Baden verhelfen zu können.

Also höret und staunet! Reichstags-Sitzung, Sonnabend den 13. Februar 1909. Erläuterungen zum Kapitel „Reichsgeheimheitsamt.“ (Bericht des „Berl. Tagebl.“)

Dr. Mugdan (Frei. Volksp.) zur Bleiweißfrage: „Die noch fortgesetzt vorkommenden Vergiftungen durch Bleiweiß beweisen, daß alle Vergiftungen nichts nützen, wenn sie von den Arbeitern nicht eingehalten werden. Gerade die Arbeiter im Malergewerbe richten sich nach den Vorschriften absolut nicht. Daß es möglich ist, die Bleiweißvergiftungen zu vermeiden, beweist die geringe Zahl von Erkrankungen in den Kreisen der Malermeister.“

Wer lacht da? Ober vielmehr: Wer lacht nicht? Geschieht Euch ganz recht, Ihr Arbeiter im Malergewerbe, daß Ihr vergiftet werdet, warum reißt Ihr Euch so um die Arbeit und seid so toll auf die Pünktlichkeit und begnügt Euch nicht damit, gleich den vorichtigen Herren Malermeistern, bei dieser giftiggefährlichen Arbeit nur zuzusehen? Warum besorgt Ihr nicht so gewissenhaft die Vergiftungen, die das Bleiweiß Euch aufzählt, wie die Malermeister es tun, die Euch in treuer Pflichterfüllung mit „alten Schrubber-Instrumenten“, genannt „Nagelbürsten“, versorgen; die Euch in patriarchalischer Vertrauensseligkeit ein Handtuch bret, vier Wochen und noch länger anvertrauen? Trohendem doch die Herren mit dem gefährlichen Bleiweiß auch umgehen, indem sie es beim Lieferanten bestellen, es bezahlen oder auch schuldig bleiben; trotzdem werden sie nicht so oft vergiftet wie Ihr!

Aber die Erleuchtung kommt aus dem hellstrahlenden Gedankenfische eines Reichsboten. Dazu muß man studiert haben, mit Wissenschaft geschwängert sein, den Doktorhut erworben haben, wie der „liberale“ Reichstagsabgeordnete Sanitätsrat Dr. Mugdan, um eine bezartige Besessenheit zu gebären. Den Arbeitern im Malergewerbe wird aber dadurch mit zwingender Logik auf's Klarste bewiesen, daß nur ihr freventlicher Leichtsinns oder gar ihre nichtswürdige selbstmörderische Absicht es ist, die sie der Bleiweißvergiftung zum Opfer werden läßt, um mit solchen schändlichen Mitteln das gänzliche Verbot der Bleiweißverwendung notwendig erscheinen zu lassen. Ihr seid erlaunt!

Diesen genialen sanitätsrätlichen Mugdansen Gedanken weitergesponnen, eröffnet die Möglichkeit, unendlich vieles zu vermeiden. Die hochwichtigen Gesichter der Arbeiter und Arbeiterinnen würden verschwinden, die Schwindsucht würde ihre mörderische Tätigkeit einstellen müssen, wenn die Arbeiter so gewissenhaft vorichtig wären, wie ihre Arbeitgeber, bei denen doch so wenig derartiges vorkommt. Daß Arbeiter von Maschinen zerfleischt werden, daß Hunderte von Bergleuten bei ihrer Arbeit den Tod finden, ist nach Mugdansen Logik möglich, zu vermeiden, da doch eine so geringe Zahl von Fabrikherren oder Bergwerksbesitzern diesen Gefahren unterliegen. Nur die hohen, obrigkeitlichen Verfügungen müssen, wie es von diesen geschieht, auch von den Arbeitern strengstens befolgt werden. Ja, sogar die Schrecken des Krieges sind möglich, zu vermeiden. Die Auftraggeber, die Fürsten, Generale u. dergl. Leute, die mit dabei sind, wenn auch weit vom Schutze, werden doch so selten von dem tödlichen Meißel getroffen, von Granaten zertrümmert usw.

Wer doch auch so klug sein könnte, wie Mugdan der Weise!

Bohnm. Ein hiesiger Anstreichermeister M. ist an Bluterkrankung erkrankt und befindet sich noch heute in ärztlicher Behandlung. Bei großer Lebensgefahr hat er die heftigsten Schmerzen ausstehen müssen. Was war die Ursache der Vergiftung? Das Verühren eines kleinen offenen Pickels im Gesicht mit den Händen, die mit Bleiweiß behaftet waren. Dieser Schussfall sei allen denen zur Beachtung empfohlen, die über Bleiweißvergiftungen mit einem mitleidigen Lächeln die Achseln zucken. Wird man lernen?

Submissionsliste. Ein grasses Beispiel einer Submissionsliste zeigte sich bei der Offertenabgabe der Malerarbeiten für die Volksschule in Behrheide. Die auf dem Bremerhavener Barant abgegebenen 18 Offerten schwanken zwischen 2381.88 M. und 1093.27 M., so daß die höchste Abgabe weit über 100 Proz. mehr beträgt, als die niedrigste. Es gaben Offerten ab die folgenden Malermeister, sämtlich aus Behrheide: Töllner 2381.88 M., Heimann 2062.06 M., Aug. Geiß 1973.73 M., Walker 1947.49 M., Schneemann 1688.77 M., Wiltjer 1624.73 M., A. Seel 1620.01 M., Holzappel 1560.76 M., S. Sieden 1496.40 M., Rathjen 1420.58 M., Schwiebow 1401.34 M., Bethersleth 1400.04 M., Dalkers 1372.02 M., Gerling 1361.96 M., Ungelhardt 1353.57 M., Böhlen 1331.31 M., Beckmann 1259.23 M., Fiedel 1093.27 M. Mögen unsere Kollegen auf dem Posten sein, damit sie nicht bei solcher Schmutzkonkurrenz die Leidtragenden sind.

Was ist Wahrheit und was ist Dichtung?

Großrednerei zu betreiben, ist stets Sache der Gehilfen gewesen, deshalb wollen wir ihnen das kindliche Vergnügen gern gönnen. So schreibt der Hauptverbaue Hansen, indem er zwei Artikel aus dem Vereins-Anzeiger zum Abdruck bringt, in denen Kollegen sich zu einem Reichstaxif äußern.

In derselben Nummer der „Allgem. Maler-Zeitung“ wird nun auch über die „denkwürdige“ Agitationstour des Vorsitzenden des Hauptverbandes im Malerberuf berichtet: In allen Städten waren die Versammlungen außerordentlich gut besucht, selbst die Meister aus den Nachbarstädten waren stark, ja teilweise sogar vollständig vertreten. Die „Westdeutsche Malerzeitung“, die doch sicher auch genau davon informiert ist, berichtet, daß man umfang-

Nur noch wenige Tage trennen uns vom feststehenden Zeitpunkt der bevorstehenden Generalversammlung in Köln a. Rh., die sich heuer u. a. mit zwei bedeutenden Fragen zu beschäftigen hat. Auf der Tagesordnung steht als direkter Punkt bekanntlich der „Reichstaxif“, indirekt die Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Zu diesen Fragen haben viele Mitglieder im „Vereins-Anzeiger“

reiche Einladungen an die Meister hat ergeben lassen; aber in Dortmund hätte eigentlich die Zahl größer sein können und in Düsseldorf erst, da hat leider selbst diese Parade sich nicht als zugkräftig genug erwiesen. Man mag: es ist hier wie überall. Es sind immer nur einige, die sich für die Sache interessieren, während das Gros ruhig zu Hause bleibt.

Man soll also nicht mit Steinen schleichen, wenn man im Glasbause sitzt.

Für unsere jugendlichen Kollegen.

Am 7. Februar veranstaltete die Filiale Hamburg einen Unterhaltungs-Nachmittag für die Lehrlinge ihres Berufes. Etwa 100 Lehrlinge, teilweise in Begleitung ihrer Eltern, waren erschienen. Kollege de Haas eröffnete die Veranstaltung mit einer Ansprache an die Erschienenen. Die Schüler werden sich, führte er aus, wohl gewundert haben, warum wir sie zusammenrufen, warum wir ihnen eine Unterhaltung bieten. Nun, die heutige Zeit stellt an alle Bevölkerungsschichten hohe Ansprüche und an die verschiedenen Altersklassen ganz besondere: an die Jugend, daß sie lerne und sich bilde, an die Aelteren, Erfahrungen, daß sie lehren und aufklären. Doch den letzteren wird ihre Aufgabe fast unmöglich gemacht trotz des vorhandenen guten Willens, und zwar durch den Kampf und die Sorge um die Existenz in Verbindung mit der eigenen mangelhaften Schulbildung. Jedoch durch das Vereinen der einzelnen werden die Kräfte ausgelöst, wird es möglich gemacht. So soll denn heute auf einem Gebiete gezeigt werden, was aufklärerisch, was lehrreich ist, im Gegensatz zu dem, was sich an allen Ecken breit macht, die Schundliteratur, Kinematographen, Varietés usw., die wohl für den Augenblick unterhalten, aber keine Befriedigung gewähren.

Sie, die Schüler, gehen alle zur Fachschule zur gewerblichen Ausbildung, um sich weitere technische Fertigkeiten anzueignen. Hand in Hand damit müssen aber auch die erzieherischen Aufgaben, die Weckung der Freude am Schönen und Guten, gehen.

Durch das Wecken des Sinnes für das Schöne, Gute und Erzieherische stärken und stählen wir die Charaktere für die kommende Zeit, die immer größere Ansprüche und Aufgaben an die Erwachsenen stellt. Die Schüler haben die Aufgabe, die Belehrungen in sich aufzunehmen, an dem Gebotenen in späterer Erinnerung sich zu erbauen, im gegenseitigen Austausch der Erinnerung Freude zu empfinden, Freude zu erwecken.

Das Großstadtleben führt die Personen schnell zusammen, trennt aber auch wieder ebenso schnell. Bindend werden sein die Erinnerung, das Gefühl, die materiellen Interessen.

Die Schüler fühlen noch keine gemeinsamen Interessen, weil für sie gefordert wird, anders aber, wenn sie das Alter erreichen, wo sie für sich, für die eigenen Angehörigen sorgen müssen. Dann werden sie auch bald finden, daß die eigenen Interessen am besten gewahrt werden durch die Wahrung der gemeinsamen Interessen.

Wirken für die gemeinsamen Interessen können aber nur die, die Sinn für das Schöne und Gute, die Ideale haben; wo letztere vorhanden sind, da ist ein gemeinsames Band.

Und wenn es uns heute gelungen sein wird, auch Schüler gegenseitig geistig näher gebracht zu haben, so laßt das gemeinsam Fühlende in euch weiterwirken und ausreifen, damit ihr später berufen werden könnt, an der Wahrung der gemeinsamen Interessen mitzuarbeiten, als Aeltere, Erfahrene auf die dann heranwachsende Jugend einzuwirken und auf die richtigen Bahnen zu lenken.

Hierauf registrierte in anerkannt vorzüglicher Weise Herr Lottig Fritz Reuters Hanne Niite. Der erste Tag in meiner Lehre von Rosegger und Hamburger Schiffergeschichten von Otto Ernst. Reicher Beifall wurde dem Vortragenden zuteil, der durch die Auswahl seiner Regitationen das Richtige getroffen hatte.

Mit Worten des Dankes für die zahlreiche Beteiligung an die Anwesenden schloß de Haas diese erste Unterhaltung für unsere jugendlichen Kollegen, die lebhaft kundschaften, daß weitere folgen möchten.

Die nächste Unterhaltung findet am 7. März statt.

Jahresbericht des 1. Bezirks für 1908.

Was bereits eingangs des vorjährigen Berichts bezüglich der schlechten Bautätigkeit gesagt wurde, könnte auch diesmal für das verfloßene Jahr vollinhaltlich gesagt werden, nur muß man leider hinzufügen, daß sich die Arbeitslosigkeit noch weiter verschlechtert hat. Das trifft natürlich in der Hauptsache für diejenigen Großstädte zu, wo die Bautätigkeit vor Einsetzen der allgemeinen Krise eine besonders rege war. Daß durch eine gute Bautätigkeit auch unsere Berufskollegen bedeutend mehr Arbeitsgelegenheit finden, braucht wohl nicht erst besonders hervorgehoben zu werden. Ganz besonders werden es unsere Berliner Kollegen zu würdigen wissen, was eine gute Bautätigkeit für uns bedeutet.

Bei der Berliner Ortskrankenkasse für unser Gewerbe waren die Anmeldungen bereits 1907 in den einzelnen Monaten bis nahezu 1000 gegenüber 1906 zurückgegangen. 1908 aber sind die Anmeldungen in allen Monaten gegenüber 1906 weit zurückgeblieben und zwar im Monat Januar um 1107, im Februar um 1733 und im März wurden 1630 weniger gemeldet. Diese drei Monate kamen auch immer für die Arbeiten auf Neubauten besonders in Betracht, weil ja bis 1. April diese zum Beziehen fertig sein müssen. Aber auch die Sommermonate, in denen ja weniger die Tätigkeit auf Neubauten in Betracht kommt, weisen ganz erhebliche Rückgänge der Anmeldungen auf. So blieb der Monat Mai mit 1120, Juni mit 1461 und September sogar mit 1634 Anmeldungen zurück. Es geht hieraus hervor, daß auch in den Sommermonaten, wo vorwiegend Privatarbeiten in Betracht kommen, die Arbeitsgelegenheit geringer geworden ist. Das hat natürlich zur Folge, daß ein großer Teil auch der organisierten Kollegen der Großstadt den Rücken kehrt. So z. B. reisten aus Berlin in den letzten Jahren zusammen 2674 Mitglieder ab, während nur 650 zurückkehrten. Daß auch die Beitragszahlung durch die ungewöhnlich große Arbeitslosigkeit bei so manchem Kollegen zurückblieb, ist wohl begreiflich.

Was hier von Berlin gesagt ist, trifft auch auf die anderen Großstädte zum großen Teil zu. Berlin gibt jedoch selbstverständlich für den Mitgliederbestand des 1. Bezirks den Ausschlag. Seit dem 1. Januar 1908 gehört nun auch Schlesien zum 1. Agitationsbezirk, wodurch 9 Filialen mit 4 Zahlstellen hinzukamen. Der Stand der

Organisation in Oberschlesien ist noch am weitesten zurückgeblieben. Nennenswert in Betracht kommt unsere Organisation eigentlich nur in Katowitz, wo überhaupt das geistige Leben sich abspielt. Es war nun selbstverständlich, daß die Agitationskommission auch in diesem Leber noch so schwarzen Winter Deutschlands mit der Agitation einsetzte. Vor allem galt es, die so gut wie ganz eingeschlafene Filiale Königshütte wieder zu beleben. Leider kann man nicht sagen, daß die vielen guten Vorgesprächen, die so mancher Kollege machte, auch gehalten wurden. Daher sind auch die geringen Hoffnungen bis jetzt noch nicht in Erfüllung gegangen. Wie ja alle Organisationen nur durch große Opfer und Anstrengungen in jener Gegend Fuß fassen konnten, so werden auch wir erst nach vielen Mühen und Auswendungen nennenswerte Fortschritte machen können, besonders da der Alerus in jener Gegend einen noch zu großen Einfluß auf die Arbeiterchaft im allgemeinen hat. Daß in solcher Gegend die ernten Bestrebungen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage noch zu sehr bekämpft und die freien Gewerkschaften verpönt sind, braucht wohl nicht weiter auseinanderzusetzen zu werden. In Weuthen haben sich die Kollegen einen Vergnügungsverein angelegt und betreiben so die kostbare Zeit mit solch unnützen Dingen. Daß es nur ein Vergnügungsverein ist, dafür diene der § 2 des Statuts als Probe:

Zweck und Leistungen.

§ 2.

Der Verein bezweckt: 1. die Zusammenkunft und Aufrechterhaltung des genannten Handwerks; 2. die jugendlichen Gehilfen in guter Lehre zu ihren Arbeitgebern der besten Art zu erhalten; 3. die Kollegenschaft zu pflegen und zu betätigen; 4. nach Maßgabe der Möglichkeiten herzustellen; 5. die Mittel, welche dem Verein zur Errichtung der im Absatz 4 bezeichneten Vergnügungen zur Verfügung stehen, sind: a) die Beiträge der Mitglieder, b) die Eintrittsgelder.

Dafür zahlen die Kollegen 1 M. Eintrittsgeld und pro Monat 50 P. Beitrag. Natürlich fehlt auch die Vereinsfahne nicht, die ja eine wichtige Rolle nach § 7 des Statuts zu erfüllen hat und folgendermaßen lautet:

§ 7. Bei Trauerfeierlichkeiten darf nur die Fahne bei Vereinsmitgliedern sowie in Weuthen D/S. wohnenden Malermeistern teilnehmen.

Man sieht also an diesen Proben, wie weit dort die Kollegen noch hinter dem Gros der Kollegen Deutschlands zurück sind. Natürlich bleibt auch in übrigen Teile Schlesiens noch viel zu wünschen übrig.

Veränderungen von wesentlicher Bedeutung gingen in Danzig und Königberg bezüglich des Geschäftsführerpostens vor. Diese Stellen wurden durch Abgang bzw. durch Tod frei und dann durch die Kollegen Kooßen in Danzig und Ludwigkeit in Königberg wieder besetzt. Auch fand für die beiden Provinzen Ost- und Westpreußen in Königberg eine Konferenz statt, die sich in der Hauptsache mit der Agitation in den genannten Provinzen sowie mit einigen inneren Angelegenheiten zu beschäftigen hatte.

In Königberg scheinen die Arbeitgeber keinen richtigen Gefallen an ihrer „Schöpfung“ von 1906 gehabt zu haben, denn sie überließen die wenigen „gelben Pflanzungen“, die sie auf ihrem Mißbeet gezogen hatten, den Christlichen. Nach dem Verhalten sowohl wie nach Aeußerungen maßgebender Arbeitgeber scheinen die Christlichen nicht nur die Mitglieder des gelben Vereins, sondern auch die Verpflichtungen des alten Freundschaftsbundes übernommen zu haben. So bestimmte der § 17 des „Tarifs“ der Gelben: „Die Arbeitgeber verpflichten sich, nur Mitglieder des Vereins der Maler- und Lackierergewerkschaften zu Königberg einzustellen.“ Auf diese Bestimmung beriefen sich die Arbeitgeber — wie schon oben gesagt — auch nach Übernahme der Mitglieder seitens des Christlichen Verbandes. Und es muß hier hervorgehoben werden, daß auf Grund dieser Bestimmung die Arbeitgeber sich verpflichtet fühlten, von jedem Einzustellenden auch den Nachweis zu verlangen, daß er Mitglied des Vereins ist, und oft genug wurden dann auch die Restanten veranlaßt, ihre Beiträge nachzuzahlen, wenn sie Arbeit haben wollten. Sehen die Arbeitgeber die Christlichen nun auch noch als ihre Hilfstruppe, als ihre Verbündeten gegen die freien Gewerkschaften an und sind unsere christlichen Mitkämpfer damit einverstanden? Mag es nun sein, wie es wolle, jedenfalls wird mit dem Schwinden der miserablen Konjunktur auch in Königberg dem Terrorismus der Arbeitgeber ein Ende gemacht werden.

In der nebenstehenden Tabelle ist die Mitgliederbewegung der Filialen für den ganzen Bezirk überichtlich zusammengestellt.

Wie aus der Tabelle ersichtlich, trat ein Rückgang der Mitglieder nur da ein, wo die Arbeitsgelegenheit ganz außerordentlich abgenommen hat. 14 Filialen verloren 1—10 Mitglieder, während 16 Filialen 1—20 Mitglieder zugenommen haben. Ihren alten Bestand behaupteten zwei Filialen. Eine Zahlstelle wurde in Marienburg, zu Danzig gehörig, gegründet. Die Zahlstelle Graudenz ist eine selbständige Filiale geworden.

Aufgelöst haben sich die Filialen Elbing, Swinemünde und Betschau; letztere Filiale löste sich auf, weil die einzige Arbeitsstätte unserer dortigen Mitglieder, die landwirtschaftliche Maschinenfabrik ihre Tätigkeit einstellte. Nach dem verlorenen Streik in Swinemünde 1907 ging die Bankkonjunktur ganz rapide zurück, so daß nur sehr wenige anfällige Kollegen dort verblieben. Aber auch diese hatten mit großer Arbeitslosigkeit zu kämpfen und die Folge war auch das gänzliche Fallenlassen des Verbandes. In Elbing wurde die Filiale erst im Jahre 1906 gegründet, und da die Lohn- und Arbeitsverhältnisse dort ganz miserable sind, so konnte man das Bestreben unserer Mitglieder, so schnell wie irgend möglich verbessernd einzugreifen, wohl verstehen. Um einen durchgreifenden Erfolg zu erzielen, verständigten sich unsere Mitglieder im Frühjahr 1907 mit der Ortsverwaltung des S.-D. Gewerkschafts, worauf dann auch eine Forderung zum Abschluß eines Tarifs an die Arbeitgeber eingereicht wurde. Das Ende war — als es zur ernstlichen Vertretung der Forderung kam — das Austricken der Gewerkschaftler. Diese „alten Herren“ in den Werkstätten, die dem Gewerksverein angehörten, bekamen es mit der Angst und den Tieren hinter dem Rücken unserer Mitglieder des Sonntags zu den Arbeitgebern und baten um gut Wetter. Damit war natürlich die Bewegung untergraben und zerstückelt. Wie leider so oft, trat dann eine Mutlosigkeit unter den Kollegen ein. Anstatt durch eine

Table with columns: Filialen, Mitgliederzahl am 1.1.1907, Mitgliederzahl am 31.12.1907, and Zahl der Zahlstellen. Rows list various locations like Berlin, Brandenburg, Breslau, etc.

Summa . 9732 9610 9225 9277 8768 9222 3177 40

solche Erfahrung nun energischen Kampfs gegen die Vertreter der Arbeiterinteressen alle ehrlichen Streiter zu sammeln, warfen auch unsere Mitglieder, die allerdings noch zu wenig überzeugungsfest waren, die Platte ins Korn.

Im verfloßenen Jahre fanden 102 Versammlungen und 66 Sitzungen bzw. Revisionen in den Filialen statt. An Verhandlungen mit den Arbeitgebern nahm der Bezirksleiter 9 mal teil. Zur Erledigung der Versammlungen usw. waren 10 von der Agitationskommission beauftragte Kollegen an zusammen 15 Tagen und der Bezirksleiter 113 Tage unterwegs.

An dieser Stelle muß auch noch erwähnt werden, daß sich eine Reihe unserer Kollegen nicht daran gewöhnen kann, die Postsendungen richtig bzw. genügend zu frankieren. Trotzdem jedes Jahr auf einer Anzahl Zirkulare der Vorstand auch über die richtige Frankierung hinweg, nimmt doch das Strapporto kein Ende. Abrechnungsformulare werden z. B. in solch große schwere Kuberz gesteckt, daß dadurch allein der Brief über 20 Gramm schwer wird. Einige wieder schreiben auf das Kuberz: „Geschäftspapier“ und kleben dann das Kuberz zu. Um diesem Mißstand abzuhelfen, ist dringend zu empfehlen, daß die Verwaltungen sich eine Briefwaage anschaffen, an der auch gleichzeitig die Portofähigkeit angezeigt wird.)

Was die Lohnbewegungen für das verfloßene Jahr anbelangt, so ist es nirgends zu ersten Kämpfen oder Streiks gekommen. In drei Städten, Oppeln, Frankfurt a. O. und Cottbus wurde ein Tarif zum ersten Male abgeschlossen. In Forst, Guben, Tilsit und Thorn wurden die gekündigten Tarife wieder durch Abschluß von neuen Tarifen ersetzt.

Auf Grund des Normaltarifs, der aus den Verhandlungen vor dem Berliner Schiedsgericht hervorging, wurden fünf Tarife abgeschlossen und zwar für Tilsit, Thorn, Frankfurt a. O., Forst und Cottbus. An diesen ohne Arbeitseinstellung erledigten Lohnbewegungen waren 534 Kollegen beteiligt. Für diese 534 Kollegen wurde eine wöchentliche Lohnerhöhung von 598,95 M. erreicht oder pro Kopf der Beteiligten 1.10 M. pro Woche.

Eine Arbeitszeitverkürzung wurde für 320 Kollegen mit zusammen 804 Stunden pro Woche erzielt oder pro Kopf der Beteiligten im Durchschnitt 2 1/2 Stunden pro Woche.

Durch den Ausfall der Meter auf der „Pulka“-Werk in Stettin und die sich daran anschließende Ausperrung durch die Metallindustriellen wurden auch 21 Mitglieder unserer Stettiner Filiale mit ausgesperrt. Die Ausperrung dauerte über vier Wochen; dadurch gingen unsern Mitgliedern insgesamt 401 Arbeitstage verloren. Die Unterstützungssumme betrug 1179,70 M.

Auch durch die einmütige Feier des 1. Mai durch Arbeitsruhe konnten die Arbeitgeber von G e r s a l b e es sich nicht verkneifen, auch eine Ausperrung unserer Mitglieder auf sechs Tage zu verhängen. Den energisch und mit großer Fähigkeit durchgeführten Lohnkampf von 1906 konnten die Herren wohl immer noch nicht vergessen und glaubten nun auch mal ihr Mißchen fühlen zu müssen.

Außerdem waren in Berlin noch zwei Mitglieder an zwei Bewegungen anderer Branchen beteiligt. In einem Falle handelte es sich um Abwehr einer 10proz. Lohnkürzung in einer Waffen- und Munitionsfabrik, die nach 25 Tagen erfolgreich beendet wurde. Der zweite Kollege war an einem Streik der Stoffwäckerbranche beteiligt; dieser Streik dauerte 42 Tage und endigte mit einer Lohnerhöhung von 1,35 M. pro Woche und einer 5proz. Erhöhung der Arbeitszeit.

Im Bereich des 1. Bezirks bestehen nunmehr 27 Tarifverträge; von diesen laufen 16 am 31. Dezember und einer am 1. Juli d. J. ab, während 10 Tarife erst 1910 ihr Ende erreichen.

Wie 1907 in Elbing, so machten die Gewerksvereiner es auch in Finstertal; auch hier verständigten sich unsere Mitglieder mit den Mitgliedern des Gewerksvereins und alles ging auch gut von statten. Als aber die Sache ernst wurde und die Arbeit eingestellt werden sollte, stellte sich im letzten Augenblick der „Herr Sekretär“ aus Berlin ein und — vorher war es mit dem Kampfesmut der Gewerksvereiner. Hier benutzte der Sekretär nur den Vorwand — ich nenne es nur einen Vorwand, weil sie sonst eine andere Ausrede gefunden hätten — daß sie mit uns nicht zusammengehen könnten, weil wir sie in Mannheim nicht als vollberechtigte Kontrahenten anerkannt haben.

Wenn man die Klagen hört, die die Herren vom Gewerksverein aufstimmten, daß die Beiträge der Maler nicht ausreichen, die laufenden Unterstützungen zu zahlen, dann wird man um so leichter begreifen, daß die Maler nicht noch an einem Streik teilnehmen dürfen, aber mitgehen tun sie immer bis zu dem Augenblick, wo es kritisch wird, nach „Erfahrung“ — jesuitischer Methode.

Haben wir nun auch nicht von allen Filialen über eine weitere Zunahme von Mitgliedern berichten können, sondern beklagen müssen, daß leider auch eine Anzahl Filialen Mitglieder verloren haben, so können wir wohl mit gutem Gewissen behaupten, daß das nicht etwa an einer verminderten Werbekraft der Organisation oder an einem geringeren Vertrauen der Kollegen zu unserem Verbande liegt, die Ursache ist vielmehr in den schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen der letzten Jahre zu suchen. Jedoch wäre es falsch und könnte sich bitter rächen, wollten wir nun alles auf das Konto der wirtschaftlichen Krise setzen und beim Mitgliederverlust mit einer unabwehrbaren Tatsache uns zufrieden geben. Wir müssen vielmehr alle Kräfte anspannen in einer solchen Zeit, müssen besonders durch eine gute, regelrechte Eintreibung der Beiträge sowie durch eine unermüdbare Kleinagitation trotzdem die Organisation zu stärken suchen. Schon die außergewöhnlichen Anstrengungen der Arbeitgeber unseres Berufs, ihren Verband überall einzuführen und auszuweihen, müßte ein Ansporn sein für alle unsere Kollegen, nunmehr mit doppelter Eifer für unseren Verband zu agitieren. Die Stärkung unserer Organisation ist gleichzeitig die beste Vorbereitung zu den kommenden Kämpfen.

Berlin. L. Jakobitz.

Jahresbericht der Filiale Chemnitz.

Das Jahr 1908 mit seiner wirtschaftlichen Krise ist auch an den Kollegen der Filiale Chemnitz nicht spurlos vorübergegangen. In früheren Jahren war hier im allgemeinen das ganze Jahr hindurch immer noch einigermaßen gute Arbeitsverhältnisse vorhanden; im Sommer arbeitslos sein, hat man seit circa zehn Jahren hier so gut wie nicht gekannt, jedoch im Jahre 1908 war es keine Seltenheit, im Sommer Tage ja Wochen hintereinander ohne Arbeit zu sein und jetzt herrscht eine so große Arbeitslosigkeit, wie man sie seit 1896 nicht gekannt hat.

Angesichts dieser Lage ist es erfreulich, konstatieren zu können, daß die Mitgliederzahl nicht nur stabil geblieben ist, sondern sich noch um 84 gegenüber dem Vorjahr erhöht hat.

Folgende Zahlen geben Aufschluß über den Stand der Organisation. Mitglieder am 1. Januar 1907 651 Eingetretene im Laufe des Jahres 302 Zugereist aus anderen Filialen 183 485

Davon sind abgereist, gestrichen usw. 401 Mitin Bestand am 31. Dezember 1908 735 Wenn man bedenkt, daß 218 Kollegen mehr abgereist und gestrichen als zugereist sind, so kann man mit der absoluten Zunahme von 84 wohl zufrieden sein. Die Zahl der Aufnahmen in den einzelnen Quartalen gestaltet sich wie folgt: 1. Quartal 43, 2. Qu. 132, 3. Qu. 103, 4. Quartal 24, zusammen also 302 Neu-Eintritte.

Die Agitation wurde in ausgiebigster Weise betrieben; es fanden in der Filiale selbst insgesamt 53 Zusammenkünfte statt und zwar 26 Sitzungen des Vorstandes, 13 Versammlungen, 10 Werkstattbesprechungen und 4 Vertrauensmännerführungen.

Im Arbeitsnachweis ließen sich 547 Kollegen eintragen (im Vorjahr 519); offene Stellen gingen ein 329 (601), die auch durchweg fast alle besetzt wurden. Es muß jedoch auch hier gesagt werden, daß die Kollegen sich immer noch mehr als jetzt bei Arbeitslosigkeit im Nachweis eintragen lassen, damit zu jeder Zeit eine einigermaßen genaue Uebersicht über die Arbeitslosigkeit vorhanden ist. Das sogen. Umschauen muß ganz unterbleiben, dann werden auch noch mehr als bisher offene Stellen gemeldet werden.

Die Einnahme betrug inklusive eines Klassenbestandes von 1488,32 M. 15 782,65 M. Die Ausgabe betrug 14 073,21 M., mithin verblieb am Schluß des Jahres ein Klassenbestand in der Filiale von 1704,44 M.

An Beitragsmarken wurden insgesamt 32 713 Stück verkauft, das ist ein Mehr gegenüber dem Vorjahr von 3612; die Zahl der vollbezahlenden Mitglieder, nach 52 Wochenbeiträgen berechnet, stieg von 559 auf 629.

Außerdem wurden noch an 21 Mitglieder 262 beitragsfreie Marken abgegeben. An größeren Ausgaben ist hervorzuheben: An die Hauptkasse abgehandelt 688,43 M., Krankenunterstützung 1720,25 M., Sterbegeld 345 M., Krankenunterstützung 110,02 M., Streikunterstützung 113,15 M., Agitation 240,90 M., Gewerkschaftstafel 256,71 M., Bibliothek 105,10 M. usw. 156 Kollegen waren im Berichtsjahr zusammen 2550 Tage krank.

Mitgliedsbücher wurden 248 an die Hauptkasse zum Umtausch eingeleitet. Das Alter der Mitglieder gestaltet sich wie folgt: Bis 18 Jahre 11 Kollegen, 18—20: 87, 22—24: 83, 24—26: 80, 26—28: 65, 28—30: 54, 30—35: 120, 35—40: 63, 40—45: 51, 45—50: 44 und über 50 Jahre alt 19 Kollegen.

Nachstehende Zahlen geben Aufschluß über die Dauer der Mitgliedschaft in der Organisation: Unter 1 Jahr: 198 Kollegen, 1—2 155, 2—3: 89, 3—4: 52, 4—5: 82, 5—6: 55, 6—7: 55, 7—8: 9, 8—9: 21, 9—10: 8, 10—11: 5, 11—12: 3, 12—13: 1, 16 und mehr Jahre 2 Kollegen. Es waren also 537 von den 735 eingetragenen Mitgliedern voll unterstützungsberechtigt.

Auf die Innehaltung des Tarifs mußten wir unser ganzes Augenmerk richten. So war es die Firma Leonhard, Schulstr. 6, die den bei ihr beschäftigten Leuten

nicht das tarifmäßig festgelegte Jahrgeld bezahlen wollte; durch einen dreitägigen Werkstellenstreik mußte dem Tarif Geltung verschafft werden. Die Firmen Behold, Fix, G. Reichel, Tjelle und Mödel bezahlten nicht in allen Fällen den Tariflohn; durch unser persönliches Eingreifen wurden diese Angelegenheiten zu unserer Zufriedenheit erledigt. Bei Wehrmann wurde Sonnabends noch bis 6 Uhr gearbeitet. Durch Vorstelligwerden wurde dies sofort abgestellt. Dann gab es noch in einer Reihe von Fällen Gelegenheiten feststellen zu können, daß ein Teil des Unternehmertums nur dann den Tarif einhält, wenn die Organisation stets dahinter ist. Darum muß jeder einzelne Kollege mehr wie je darauf sehen, daß überall die tariflichen Löhne gezahlt werden und sich nicht, wie es in einzelnen Fällen zu beobachten war, daß zu jedem angebotenen Lohn die Arbeit angenommen wird.

Die im Tarif vorgesehene Schlichtungskommission mußte zweimal zusammentreten.

Da die Organisation der L a d e r e r noch nicht derartig erstarbt ist, daß ein selbständiges Vorgehen geeignet erscheint, wurde die diesjährige Bewegung der Holzarbeiter mitbenutzt und ist es auch gelungen, in einigen Betrieben eine Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit herbeizuführen. Ferner ist teilweise zu beobachten gewesen, daß durch die vorjährige Bewegung der Kollegen im Hauberrufe die Verhältnisse sich in einigen Betrieben indirekt verbessert haben.

In Chemnitz gehören insgesamt 11 Zahlstellen. Annaberg, das früher eine selbständige Zahlstelle war, hat sich aus Zweckmäßigkeitsgründen am 28. Juli v. J. mit 48 Mitgliedern Chemnitz angeschlossen. Hier ist noch ein großes Agitationsgebiet und müssen die Kollegen alle Kräfte daransetzen, um die Organisation so auszubauen, wie es in ihrem eigenen Interesse notwendig ist; wir werden ihnen jederzeit hilfreich zur Seite stehen. In Burgstädt, Schwarzenberg und Pöppau fanden Lohnbewegungen statt. Wenn wir auch in diesen Zahlstellen noch keinen Tarif erreichen konnten, so haben wir doch durch unser Vorgehen eine teilweise Arbeitszeitverkürzung und eine Lohnerhöhung von 2—7 % pro Stunde erzielt. An den dortigen Kollegen liegt es nun, darauf zu sehen, daß das Erreungene hochgehalten wird.

In Döberitz sind unsere Kollegen infolge der großen Lehrlingslücke (12 Meister beschäftigt im Sommer 10—12 Gehülften und 23 bis 24 Lehrlinge) gezwungen, nach beendetem Jahre entweder abzureisen, oder sich in der Küchenmöbelindustrie Arbeit zu suchen. Hohenstein, das schon früher einmal Zahlstelle war, aber durch die Saumseligkeit der dortigen Kollegen wieder eingegangen, wurde durch Hausagitation wieder neu gegründet. In Limbach mußte gleichfalls mehrmalige Hausagitation betrieben werden, um die Organisation etwas in die Höhe zu bringen, was auch geglikt ist. Soffentlich lassen es die Kollegen sich angelegen sein, eifrig weiter für die Organisation zu arbeiten und neue Mitglieder zu werben, damit endlich einmal geregelte Zustände durch den Verband geschaffen werden können.

In der Reformbettenfabrik von Steiner u. Sohn in Frankenberg wurden im Oktober ganz bedeutende Lohnreduktionen vorgenommen, worunter auch die Ladierer zu leiden hatten. Durch persönliches Verhandeln wurde nicht allzuviel erreicht, jedoch mag sich die Betriebsleitung gesagt sein lassen, daß noch nicht aller Tage Abend ist; im übrigen kann es uns ja nur recht sein, wenn man durch derartig ungerechte und durch nichts begründete Lohnabzüge die Erbitterung unter die Leute hineinträgt.

In Hartmannsdorf arbeiten unsere Kollegen ausschließlich in der Eisenmöbelfabrik von Henn u. Co. Um der Organisation neue Mitglieder zuzuführen, wurde hier gleichfalls die Hausagitation betrieben.

Tarife bestehen in Annaberg, Lue, Mittweida und Frankenberg, die sämtlich in Anbetracht des 1910 zu erwartenden Reichstages von keiner Seite gefündigt wurden. Insgesamt wurden nach den Zahlstellen 40 Agitationstouren unternommen, um einerseits durch Hausagitation, wie schon oben erwähnt, neue Mitglieder zu gewinnen, andererseits aber die Kollegen durch Vorträge aufzuklären.

Kollegen! In kurzen Zügen haben wir hier einen Überblick auf das verfloßene Jahr 1908 geworfen, wir haben gesehen, daß es wie so viele andere Jahre ein Jahr des Kampfes und der Arbeit war, auch das Jahr 1909 wird wieder wie alle anderen Jahre Kämpfe mit sich bringen. Gehen wir deshalb mit frischem Mut und Kraft an die Arbeit, agitieren und organisieren wir unablässig für die Organisation; führen wir ihr jederzeit neue Kämpfer zu, schließen wir uns immer enger zusammen, dann werden wir trotz aller Reaktion getrosten Mutes in die Zukunft blicken können!

Reichen wir unseren noch zurückstehenden Kollegen die Hand und arbeiten wir alle gemeinsam für ein Dasein, das wert ist, gelebt zu werden! Vorwärts zu neuer Arbeit! Vorwärts, den gesteckten Zielen entgegen!

Oskar Weise.

Eisenach. (Situationsbericht.) Das Jahr 1908 kann im großen ganzen als nicht sehr günstig für die Entwicklung der Filiale bezeichnet werden. War die Arbeitslosigkeit durch den forcierten Betrieb der Fahrzeugfabrik und den Druck der bevorstehenden Tarifverneuerung auf die Meisterbetriebe in den Monaten Januar und Februar auch eine ganz gute, so erfolgte doch schon im März resp. April der Rückschlag. Die Krise setzte in ihrem ganzen Umfange ein. Da auch die übrigen Bauhandwerker am Orte in Lohnbewegungen standen, so wurde die Wartfähigkeit auf ein Minimum beschränkt. Naturgemäß mußte dies auch auf unsern Beruf zurückfallen. Hierzu kam noch die Entlassung von ca. 50 Kollegen in der Fahrzeugfabrik, die in ganz kurzer Zeit erfolgte. So herrschte denn den ganzen Sommer und Herbst hindurch eine außerordentliche Arbeitslosigkeit, die auch jetzt noch nicht bemerkenswert nachgelassen. Eine große Anzahl Kollegen wurde dadurch zum Verlassen Eisenachs gezwungen. Schon hierdurch mußte unser Mitgliederstand erheblich sinken. Dazu kommt noch die in Zeiten rückgängiger Konjunktur zu beobachtende Erscheinung, daß Mitglieder wegen rückgängiger Beiträge gestrichen werden müssen. Nach gezahlten Beiträgen betrug die Durchschnittsziffer für das verfloßene Jahr 84.

Der im Jahre 1907 abgeschlossene Tarif war uns von der sich hier gebildeten Ortsgruppe des Arbeitgeberverbandes gefündigt worden und mußte deshalb zum 1. April 1908 ein neuer abgeschlossen werden. Die schon Ende 1907 aufgenommenen Verhandlungen wurden durch die in Berlin erlassenen Verordnungen über einen Normaltarif etwas

hinausgezogen. Nach erneuten langwierigen Verhandlungen, an denen Koll. Mehrhorn-Gotha als Vertreter des Hauptvorstandes teilnahm, kam ein Tarifabschluß auf Grund des Berliner Entwurfes am 21. Mai zustande mit der Geltungsbauer bis 31. Dezember 1909. Das Zustandekommen desselben drohte anfangs an der Hartnäckigkeit der Arbeitgeber, mit der sie auf einem vorherigen definitiven Festlegen der Normalleistung bestanden, zu scheitern. Erst das durch Vermittlung des Koll. Mehrhorn erfolgte Eingreifen ihres Hauptvorstandes machte die Herren vernünftigeren Anschauungen zugänglich. So konnte denn nach mancherlei Fährnissen noch glücklich am Vorabend des in Berlin festgesetzten Termins der Tarif unter Dach gebracht werden.

Die von manchen Kollegen anfangs gehegten Befürchtungen in bezug auf die Anwendung der Normalleistungsklausel haben sich, wie voranzusehen, trotz der schlechten Konjunktur nicht bestätigt. Ist doch Eisenach ein Ort, wo infolge der vorwiegenden Privatarbeiten von einer Anwendung der Normalleistungsklausel ohne die größte Ermäßigung der Arbeitgeber selbst überhaupt nicht die Rede sein kann. Auch die Festlegung der Arbeitsleistung für uns in manchen Beziehungen nur vorteilhaft sein. Ist doch dadurch den übertriebenen Anforderungen mancher Arbeitgeber eine feste Grenze gezogen, über die sie schlechterdings nicht hinausgehen können, ohne dann über dem Mindestlohn entlohnen zu müssen. So kann denn gesagt werden, daß die Erfahrungen, wie sie sich bisher aus der Anwendung in der Praxis ergaben, zu keinerlei Befürchtungen Anlaß geben. Auch was die übrigen Bestimmungen des Tarifs anlangt, sind sie mit verschwindenden Ausnahmen eingehalten worden. Nur in einem Falle gelang die Umgehung der Ueberlaubauslösung, wofür jedoch den davon Betroffenen die Schuld bezuzurechnen ist, da sie die Verwaltung viel zu spät davon in Kenntnis setzten und ein Einschreiten dann nicht mehr möglich war. Gerade dieses Vorkommnis möge den Kollegen zeigen, daß nur peinlichste Ueberwachung und erstbeste Mitarbeit jedes einzelnen einen dauernden Erfolg verbürgen. Darum rufen wir allen Kollegen zu, auch im kommenden Jahre auf dem Posten zu sein, denn schon Mitte des Jahres werden die neuerlichen Verhandlungen beginnen.

Albert Hillb.

Jahresbericht der Filiale Magdeburg.

Auch hier am Orte sowie in den angegliederten Zahlstellen hat die Krise im Jahre 1908 ihre Nachwirkungen ausgeübt. Das ganze Jahr über herrschte die denkbar schlechteste Konjunktur und ruhte die Bautätigkeit fast vollständig. Sowohl auf unserm, als auch auf dem städtischen Arbeitsnachweis waren in den Sommermonaten ständig arbeitslose Kollegen zu bezeichnen und war unter derartigen Verhältnissen an eine Vorwärtswentwicklung nicht zu denken. Des weiteren herrscht unter vielen, dem Zentralverband nicht angehörigen Kollegen, eine Interesslosigkeit und Abgestumptheit, wie man sie selten an einem Orte finden kann. Die Hoffnungen dieser Kollegen, dadurch, daß sie unserem Verband nicht angehören, ein Privilegium auf Arbeit bei den Magdeburger Arbeitgeberverbänden zu haben, sind diesen Winter bitter getrübt worden. Sowohl unorganisierte als auch Orsch-Dunderliche Kollegen haben mit langer Arbeitslosigkeit zu rechnen und werden unsere zukünftigen Tarif-Kontrahenten besonders diesen Winter kennen lernen, daß die bestehenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse einer dringenden Verbesserung bedürfen. Um dies zu ermöglichen, ist eine unbedingte Geschlossenheit und ein gemeinschaftliches Handeln der Gehilfenschaft für die Zukunft erforderlich, denn auch der Magdeburger Arbeitgeberverband ist nicht müßig und macht alle Anstrengungen, seine Organisation auszubauen und zu stärken, um gegebenen Falles allen Forderungen der Gehilfenschaft entgegenzutreten zu können.

Der Mitgliederbestand der Filiale mit Zahlstellen betrug am 1. Januar 1909: 306 Mitglieder. Angehlossen sind zur Zeit Stendal, Schönebeck, Burg, Staßfurt seit dem 2. Qu. 1908 und Halberstadt seit dem 4. Qu. 1908. Leider muß konstatiert werden, daß vereinzelte Orte den Wert und die Zweckmäßigkeit der Verschmelzung vollständig unterschätzen und alle möglichen und oft sehr kleintlichen Argumente dagegen ins Feld führen. Die Entwicklung des Arbeitgeberverbandes zwingt uns, eine engere Verbindung bestimmter Filialen herbeizuführen. Aus dem Jahresbericht des Magdeburger Arbeitgeberverbandes ist ersichtlich, daß von hier aus in der Umgebung intensiv gearbeitet worden ist und hat man in Dessau, Bernst., Magdahn, Dranienbaum, Bernburg, Cöthen, Münsburg, Calbe, Staßfurt, Schönebeck, Salze und Förderstedt Ortsverbände errichtet, die in steter Fühlung mit dem Unterbezirkstift Magdeburg stehen.

In Stendal gelang es, durch Verhandlungen mit den Arbeitgebern einen zweijährigen Tarifvertrag abzuschließen mit Festlegung eines Minimallohnes für Gehülften unter 20 Jahren von 38 resp. im zweiten Jahr von 40 % und für ältere Gehülften 45 %. Während der durchschnittliche Lohn vor der Bewegung 40% % betrug, erreichten wir durch den Tarif eine Erhöhung auf 44 %, so daß eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 2,26 % pro Woche erzielt worden ist. Außerdem wurden Arbeitszeit, Ueberstunden, Sonntagsarbeit und Auslösung tariflich festgelegt.

Die Gesamteinnahme betrug 6743,89 M. und die Ausgabe 6487,83 M. Die Ausgaben für Unterstützungen waren für 59 Kollegen 705 M. Krankenunterstützung für 140 Kollegen 214,40 M. Krankenunterstützung und für 8 Kollegen 100 M. Sterbeunterstützung. Aufnahmen waren 116 zu bezeichnen und 148 Kollegen mußten infolge der schlechten Konjunktur abreisen. Die Korrespondenz belief sich auf 748 Eingänge und 1592 Ausgänge. Der Arbeitsnachweis wurde in 251 Fällen benutzt und zwar in 178 Fällen nach auswärts und in 73 Fällen am Orte. Offene Stellen waren 332, vermittelt wurden 237, unbesetzt resp. erledigt 95 Stellen. Die Frequenz der Bibliothek hat sich gegen das Vorjahr gesteigert und wurden 342 Besuche angezeichnet, Karlagenergebnisse wurden von 70 Kollegen in Anspruch genommen. Abgehalten wurden 10 Mitglieder- und 4 öffentliche Versammlungen, außerdem machten sich 27 Vorstandssitzungen und eine Zahlstellent Konferenz notwendig. Die Tätigkeit der Verwaltung war in den Zahlstellen in 31 Fällen erforderlich.

Unsere allmonatlich vorgenommene Arbeitslosenstatistik hat im verfloßenen Jahre ein sehr mangelhaftes Ergebnis gezeigt, woran besonders die große Saum-

seligkeit und Interesselosigkeit vieler Kollegen mit Schuld trägt und der Wert derartigen Statistiken vielfach unterschätzt wird. Von durchschnittlich 57 beteiligten Kollegen waren jeden Monat 19 arbeitslos und 2,7 krank. Die Zahl der im Januar 1909 beschäftigungslosen Kollegen Magdeburgs betrug nach ungefähre Schätzung über 300. Welch ungeheurer Lohnverlust wegen Arbeitsmangels und welch minimales durchschnittliches Jahreseinkommen diese Zahlen in sich bergen, das, Kollegen, zu berechnen, soll für die Zukunft unsere dringende Aufgabe sein und ist dazu die Mitwirkung aller Kollegen notwendig. Sorge deshalb jeder für pflichtgemäße Ausfüllung der statistischen Fragebogen.

Im Herbst 1908 wurde eine statistische Umfrage bezüglich der Durchführung der **Leibverordnung** veranstaltet und festgestellt, daß von 36 der größten Werkstätten nur fünf den gesetzlichen Bestimmungen Genüge leisten. In drei Werkstätten gab es keine Waschgefäße, in sieben waren weder Seife, Sandtücher noch Waschbürsten vorhanden, in 15 gab es nur Seife zum Waschen, in neun nur Seife und Sandtücher; auf je 3,4 bis 10 Mann kam ein Sandtuch, das unter Umständen einige Wochen reichen mußte. In nur neun Werkstätten erhielt jeder Gehülfe ein Bleimerkblatt, obwohl in 31 von den befragten Werksstätten Bleiweiß verarbeitet wird. Die Hauptschuld an dieser geradezu gesundheitsgefährlichen Durchführung der Bleiweißverordnung trägt unzweifelhaft die miserable Kontrolle der hiesigen Gewerbeinspektion, da irgendwelche Kontrollen der Bauten oder von größeren Privatarbeiten seitens benannter Behörde hier unbekannt sind und werden wir diese Frage im laufenden Jahre etwas schärfer im Auge behalten, um die Arbeitgeber zu veranlassen, gesetzliche Vorschriften einzuhalten.

Nur das Jahr 1909 steht uns hier ein sehr arbeitsreiches Feld offen und nach den beim Magistrat erfolgten Baugenehmigungen ist eine wesentlich bessere Konjunktur als im Vorjahre zu erwarten. Nutzen wir deshalb diese Periode zum weiteren Ausbau der Organisation aus und erachte es jedes Mitglied für seine Pflicht, neue Mitglieder für die Organisation zu werben.

Auch an die Verwaltungsmitglieder treten in diesem Jahre schwierige Aufgaben heran und muß es jeder dieser Kollegen für seine Aufgabe erachten, mit allen Kräften die Arbeiten des ihm anvertrauten Amtes erledigen zu helfen.

Wiesbaden. (Jahresbericht.) Das Jahr 1908 dürfte wohl allen unseren Kollegen das Unnütze der heutigen Produktionsform recht klar vor Augen geführt haben. Sind doch Hunderte von braven und fleißigen Kollegen im Laufe des Jahres nicht in der Lage gewesen, sich und ihre Familie menschenwürdig zu ernähren. Wenn im allgemeinen die Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit sich verschärften, so trifft dies in Wiesbaden in ganz besonderem Maße zu. Können wir doch gerade hier in der Stadt des internationalen Luxus es täglich beobachten, daß die herrschende Gesellschaft wohl Tausende von Mark für Firnkempfang und Vergleichen zum Fenster hinauswirft, aber auf der anderen Seite nichts für die Befreiung der Arbeitslosigkeit, was ja gleichbedeutend mit Not und Elend ist, tun will. Ja selbst die von der Stadtverwaltung angeordnete Notstandsarbeit ist nur denjenigen zugänglich, die das Armenamt in Anspruch nehmen. Doch unter diesen Umständen unsere Berufskollegen auf die Wohlthaten der Notstandsarbeiten verzichteten, ist selbstverständlich.

Für die Entwicklung der Organisation ist die Arbeitslosigkeit nicht von Vorteil, und macht sich dies auch in der Mitgliederbewegung bemerkbar, allerdings nicht in dem Maße, wie es unsere Gegner wünschen. Die Wiesbadener Unternehmer glaubten ja ganz sicher, daß bei der im Frühjahr einsetzenden Aussperrung unsere Organisation zugrunde geht. Diese Hoffnung ist nicht in Erfüllung gegangen, wenn auch durch die schönen Worte der Herren sich einige Kollegen überreden ließen, der Organisation den Rücken zu kehren; es hat aber auf der anderen Seite gerade durch die Art und Weise, wie die Unternehmer kämpften, bei den Kollegen, die der Organisation treu blieben, der Organisationsgedanke festere Wurzeln geschlagen. Der Stamm der Kollegen wird sich auch in Zukunft nicht irreführen lassen. Ein Rückgang der Mitglieder ist wohl zu verzeichnen, aber es darf nicht außer acht gelassen werden, daß von den vor und während der Aussperrung abgereisten 150 Kollegen nur etwa 60 zurückgekehrt. Die übrigen, die zum allergrößten Teil hier und in der Umgegend beheimatet sind, haben demnach auch an anderen Orten Beschäftigung gefunden. Weiter kommt noch hinzu, daß von den ausgetretenen Kollegen nicht weniger als 80 den Beruf wechselten. Alles in allem also Verhältnisse, die die Gewinnung von neuen Mitgliedern erschweren und die Erhaltung des Bestandes gefährden.

Eine neue Aufgabe ist den Kollegen erwachsen: „Die Überwachung des Tarifs“. Sind doch unsere hiesigen Unternehmer schon von sehr zum größten Teil Tarifgegner und wird denn auch versucht, durch alle möglichen Mittel sich von den Verpflichtungen zu drücken. Die augenblicklichen wirtschaftlichen Verhältnisse machen es uns doppelt schwer, das Erzwungene hochzuhalten, denn gar mancher Kollege, der durch Arbeitslosigkeit fast zur Verzweiflung gebracht ist, läßt sich verleiten, mit vollen Händen zuzugreifen, wenn sich ihm Gelegenheit dazu bietet, selbst wenn es unter Tarif ist, um so sich und die Seinen vor Hunger zu bewahren.

Einige Unternehmer gingen sogar so weit, daß sie den um Arbeit nachfragenden Kollegen erklärten, den Tarif nicht zahlen zu wollen. Selbst die Aufforderungen des Arbeitgeberverbandes wurden nicht beachtet. Erst nachdem die Organisation gemeinsam mit der Schlichtungskommission gegen die tarifbrechenden Firmen vorging, ist eine Besserung eingetreten.

Zur Feststellung der Arbeitslosigkeit wurden in den letzten fünf Monaten Erhebungen vorgenommen, die nachstehendes Resultat zeitigten:

Diese Feststellungen erstrecken sich aber nicht auf alle Kollegen und geben insoweit kein genaues Bild. In Wirklichkeit war die Zahl der Arbeitslosen weit größer, aber schon die oben wiedergegebenen Zahlen sprechen Bände. Wieviel Not und Elend sind in denselben enthalten? Es sind Anklagen gegen die herrschende Gesellschaft, die einzig und allein die Schuld an diesen Zuständen trägt. Auch die gesundheitlichen Verhältnisse sind keineswegs günstige. Insgesamt erhielten Krankenzuschuß von der Organisation: 219 Kollegen für 4270 Tage in Höhe von 331.90 M.; pro Kopf waren also die Kollegen 19,5 Tage

August:

| Zahl der Befragten | Zahl der Arbeitslosen | Tage Befragten | Tage auf den | | Lohnverlust | | Zahl der Befragten | Zahl der Arbeitslosen |
|--------------------|-----------------------|----------------|--------------|--------------|-------------|----------|--------------------|-----------------------|
| | | | Befragten | Arbeitslosen | insgesamt | pro Kopf | | |
| 385 | 110 | 1700 | 4,4 | 15 1/2 | 7699.40 | 70.— | 4.52 | 70 |
| September: | | | | | | | | |
| 850 | 231 | 2789 | 7,9 | 12 | 12035.40 | 52.10 | 4.31 | 80 |
| Oktober: | | | | | | | | |
| 531 | 250 | 4034 | 7,6 | 16,1 | 18775.40 | 75.10 | 4.65 | 102 |
| November: | | | | | | | | |
| 477 | 195 | 3763 | 7,9 | 19,3 | 14585.92 | 74.80 | 3.87 | 99 |
| Dezember: | | | | | | | | |
| 595 | 240 | 4450 | 4,1 | 18,5 | 14266.76 | 59.44 | 3.20 | 202 |

krank. Die Fälle verteilen sich wie folgt: Meierkrankungen 10, Darmleiden 18, Rheumatismus 28, Influenza 45, Lungenleiden 25, Unfall 33, sonstige Erkrankungsarten 60. Besonders auffallend sind die Fälle: Influenza, Rheumatismus, Lungenleiden und Unfall. Diese Fälle sind zweifellos auf mangelhaften Schutz in den Bauten einerseits und Unterernährung auf der anderen Seite zurückzuführen. Ein Beweis, daß auch nach dieser Richtung noch manches verbesserungsbedürftig ist.

Wie in den vorhergehenden, so wurde auch im Jahre 1908 seitens der Verwaltung alles getan, um die Mitglieder über alle einschlägigen Fragen zu unterrichten und aufzuklären. Es haben stattgefunden: 4 ordentliche und 1 außerordentliche Generalversammlung, 35 Vorstandssitzungen, 8 Konferenzen mit den Vertrauensleuten, 4 Sitzungen mit dem Verband der Stufkatoren bezüglich der Tariffrage. Die Versammlungen dürften besser besucht werden, jedoch muß konstatiert werden, daß der Geist der Kollegen, welche die Versammlungen besuchen, ein recht guter ist.

Auch die Agitation unter den Unorganisierten wurde recht lebhaft betrieben und zwar mehr wie bisher, von den Kollegen selbst. Zweifellos wird eine ganze Anzahl heute der Organisation noch fernstehender Kollegen bei Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse sich der Organisation anschließen, denn auch an ihnen ist die Arbeitslosigkeit nicht spurlos vorübergegangen.

Der Plan, die unorganisierten Laktierer zu einer Sektion zusammenzuschließen, konnte leider nicht in der gewünschten Form durchgeführt werden, weil gerade unter diesen Kollegen das Verständnis für die Organisation fehlt und auch das Demunziantentum noch in voller Blüte steht. Kollegen, die die Versammlungen besuchen, werden entlassen, ja man verfolgt sie noch nach anderen Orten, um sie brotlos zu machen.

Die von der Verwaltung festgelegten Unterrichtsabende, die sich mit grundlegenden organisatorischen Fragen beschäftigen, waren durchschnittlich von acht Kollegen besucht und wird der Erfolg für die Organisation nicht ausbleiben. Die Verwaltungsmitglieder waren insgesamt an 148 Tagen in den Zahlstellen tätig; rechnen wir noch die Sitzungen an Orte hinzu, so kommen im Durchschnitt auf jedes Vorstandsmitglied 3 Tage in der Woche im Dienste der Organisation. Ein Zeichen, daß auf dem einmal beschrittenen Wege weitergegangen wird, trotz dem Wutgeschrei der Gegner.

Die Klassenverhältnisse haben sich nicht wesentlich gebessert. Es wurden neben einem Klassenbestand von 1205.99 Mark, für Beiträge 17 905.90 M., für Eintritte 173 M., Zuschuß von der Hauptkasse 21 700 M., Sonstiges 242.31 M. vereinnahmt. Unter den Ausgaben in Höhe von 39 999.22 Mark befinden sich Krankenbeihilfe 3311.90 M., Sterbebeihilfe 465 M., Reiseunterstützung 159.40 M., Streikunterstützung 24 257.70 M., Gemahregelkostenunterstützung 45.90 M., Gehalt und Versicherungsbeitrag 2036 M., in bar an die Hauptkasse 3872.05 M. Die Füllausgaben betragen 5851.27 M., darunter für Agitation, Vorträge zc. 414.20 M., Streikunterstützung 751.91 M., Parteil- und Sekretariatsbeitrag 930.70 M., Entlastung der Beiträge 1347.21 M., Bureaukosten 234.45 M., Bureauumiete 320 M. usw.

Der Lokalkassenbestand ist von 970.99 M. auf 1227.98 Mark gestiegen. Der Mitgliederbestand betrug im Durchschnitt 868.

Der Arbeitsnachweis hat den Anspruch nicht gebracht, den wir erwartet haben und dürfte dies auf die allgemeinen Verhältnisse zurückzuführen sein.

Offene Stellen waren bei 30 Unternehmern 59 gemeldet und zwar 11 Maler, 1 Laktierer, 9 Tüncher, 38 Anstreicher; von den offenen Stellen wurden 51 besetzt.

Bei eintretender günstiger Geschäftskonjunktur dürfte auch hier eine Besserung eintreten. Wenn auch von einer Zunahme an Mitgliedern nicht gesprochen werden kann, so steht aber fest, daß sich die inneren Verhältnisse der Filiale gebessert haben; die Schulung der Kollegen hat Fortschritte gemacht und können wir auch in Zukunft allen an uns herangetretenen Fragen geklärt gegenüberstehen.

Gewerkschaftliches und Soziales.

Johann Stanning f. Am 17. Februar wurde in Hamburg der langjährige Redakteur des „Grundstein“, Johann Stanning beerdigt. Der Verstorbene, am 27. September 1852 zu Nichtenberg i. Pomm. geboren, schloß sich anfangs der 70er Jahre in Wilhelmshaven seiner Berufsorganisation an. Er war später Bevollmächtigter des Maurer- und Steinhauerbundes in Hamburg, dann Mitbegründer des Maurerfachvereins in Hamburg, Mitglied der Agitationskommission und der Geschäftsleitung der Maurer Deutschlands, Mitbegründer des „Neuen Bauhandwerkers“, der nach dem sozialistengesetzlichen Verbot unter dem Namen „Grundstein“ weiter erschien. Stanning übernahm die Redaktion des „Grundstein“. Er gehörte zu den Mitbegründern des Maurerverbandes und er hat diesem seine volle Kraft gewidmet, bis ihn ein schweres Siechtum befiel, dem er nur, 57 Jahre alt, erliegen ist.

— 101 300 Arbeitslose in Berlin! Das ist das erschreckende Resultat der von den Gewerkschaften und der Partei in Berlin u. Umg. am 12., 13. und 14. Febr. d. J. veranstalteten Zählung der Arbeitslosen von Haus zu Haus. In Berlin wurden 67 887, in den Vororten 33 933 Arbeitslose gezählt. Ueber 40 000 Zähler aus den Reihen der organisierten Arbeiter haben dies schwierige Werk in vorzüglicher Weise geleistet.

— Nationaler Tarifvertrag im deutschen Schneidergewerbe. Zwischen dem Allgemeinen Deutschen Arbeitgeberverband für das Schneidergewerbe und sämtlichen in Betracht kommenden Gewerkschaften ist soeben ein Vertrag abgeschlossen worden, durch den sämtliche im Rahmen dieser Organisationen vorhandenen Tarifverträge durch die Hauptverbände übernommen wurden. Zugleich wurden in diesem Vertrage einheitliche Bestimmungen über den Abschluß von Tarifverträgen, Arbeitsverträgen durch die Hauptverbände übernommen wurden. Weiter wurde auf Antrag des Allgemeinen Deutschen Arbeitgeberverbandes für das Schneidergewerbe die beiderseitige Bereitwilligkeit zum Ausdruck gebracht, alsbald mit den Vorarbeiten zu einem Tarifvertragswesen zu beginnen.

— Ein Reichstarifvertrag ist zwischen dem Kürschnerverband und dem Verband der Vereinigten Rauchwarenzurichterei- und Färbereibesitzer für das Kürschnergewerbe abgeschlossen worden. Der Vertrag sieht die Einsetzung einer 18 Personen starken Tarifkommission vor, die ihren Sitz in Leipzig hat und deren Aufgabe es ist, Streitigkeiten zu schlichten sowie Preisfestlegungen vorzunehmen. In dem Vertrag wird für die Kontrahenten der gegenseitige Organisationszwang ausgesprochen und die Unterstützung der Arbeiter durch die Unternehmer, wo erstere zwecks Einführung oder Verteidigung des Tarifes genötigt sind, die Arbeit niederzulegen. Der Vertrag enthält ein ausführliches Preisverzeichnis, Maschinenarbeit soll nur von Schülfern verrichtet werden, und zwar zu einem Mindestlohn von 60 Pf pro Stunde. Auf die bestehenden Löhne erfolgt ein Zuschlag von 10 Proz. Die Arbeitszeit beträgt 9 1/2 Stunden täglich. Der Vertrag enthält noch Bestimmungen über die Beurlaubung und über die Lösung des Arbeitsverhältnisses.

Eine sozialpolitische Vangebige. Zur Frage der staatlichen Arbeitslosenversicherung fördert die liberale „Magdeburger Zeitung“ folgende Weisheit zutage: „In der letzten Sitzung der Stadtverordneten in Magdeburg ist eine Eingabe an Reichsregierung und Reichstag beschlossen worden, nach der bei der bevorstehenden Reform der Arbeiterversicherung die staatliche Arbeitslosenversicherung zur Einführung gelangen soll. So gleiten wir a h n u n g s l o s i m m e r w e i t e r i n d e n s o z i a l i s t i s c h e n Z u k u n f t s t a a t h i n ü b e r. Sie wissen nicht, was sie tun — jawohl, aber man mag nicht aufpassen: Herr, vergiß ihnen, denn sie sollten wissen, was sie tun. Wenn Professoren, Statistiker, Handelskammerbeamte, Stadträte usw. aus rein wissenschaftlichen Erwägungen ihre Sozialtheorien aufstellen, dann brauchen das noch lange nicht Forderungen einer gesunden Sozialpolitik zu sein. Wir aber erstarben in Ehrfurcht vor der Blässe des Gedankens und gehen mit Eifer daran, diese durch keine Kenntnis der Praxis korrigierten Ideen in die Wirklichkeit umzusetzen. Das Gewerkschaftsstatistik natürlich ist unentbehrlich bei solchen Beschlüssen; es steht mit stiller mehrtropfischen Lächeln dabei und spaut die Bourgeois, die jeder romantischen Kranken Idee zugänglich sind, vor seinen Wagen. Die Gewerkschaften wachsen immer mehr zu Grobmächten in unserem Wirtschaftsleben heran. In einzelnen Gewerben sind sie heute schon die Herren der Lage. Unker durch Streiks sind Zeiten der Arbeitslosigkeit die einzigen Momente, in denen einmal der immer bedrohlicher anwachsende Kriegs fonds etwas geschwächt wird. Die ganz allgemeine Forderung einer Versicherung gegen Arbeitslosigkeit bedeutet also nur eine ganz einseitige Parteinarbeit für die organisierte Arbeitererschaft gegen die Arbeitgeber.“

Du lieber Himmel! Was ist nicht schon alles als die Eingangspforte zum sozialistischen Staat bezeichnet worden! Und doch sind wir noch lange nicht drin und auch die Arbeitslosenversicherung wird uns nicht hineinbringen.

Die Behörden sollen eine Schutztruppe der Ausbeuter bilden! Diese Forderung erscheint den Unternehmern ganz selbstverständlich und sie empfinden es als eine persönliche Beleidigung, wenn ein Beamter auch einmal die Interessen der Arbeiter wahrnehmen will. Dies lehrt folgender Vorgang, den wir nach den Berichten der Scharfmacherpresse darstellen. In Weiskwasser (Schlesien) streikten die Glasarbeiter. Zu einer Besprechung zwischen den Fabrikanten und den Vertrauensleuten der Streikenden erschien auch — ohne Aufforderung der Fabrikanten — wie es in dem Bericht heißt — der dortige Amtsvorsteher, der „in totaler Verkennung der Lage sein politisches Licht leuchten ließ und mit der Sozialdemokratie Lieblingen begann“. Der Amtsvorsteher forderte nämlich die Arbeiter auf, sie möchten ihre Meinung über die Streikfrage vorbringen, denn er als unparteiischer Beamter wünsche eine Einigung der Parteien, wobei er erwähnte, daß eine Lohnherabsetzung bei den heutigen teuren Lebensverhältnissen ein schwerer Schlag für die Arbeiter sei, wenn er auch gern anerkenne, daß die Lage der Fabrikanten die denkbar ungünstigste sei.

Diese ganz vernünftigen Ansichten veranlassen die kapitalistischen Zeitungen zu einem scharfen Angriff auf den Amtsvorsteher, dem der gute Rat erteilt wird, er hätte lieber zu Hause bleiben sollen. Köhnisch schreibt die Scharfmacherorgane: „Ja, so gern wir anerkennen das manchmal löbliche Bestreben der gern nach links Liebäugelnden Bureaukratie, Vermittler bei Differenzen zu spielen, so müssen wir doch sagen, der Herr Amtsvorsteher hat der Förderung der Einigungsverhandlungen einen schlechten Dienst erwiesen. Er „wünschte“ nämlich eine nochmalige Aufstellung von Lohnstatistiken, so daß dieselben mit den auswärtigen Löhnen verglichen werden können. Und den verdienstlosen Arbeitern schenkte dieser „Wunsch“ Befehl zu sein, sie stimmten diesem Wunsche zu, um — noch eine weitere Zeit (nämlich die der dadurch bedingten Verzögerung der Wiederannahme der Arbeit!) ohne Verdienst zu bleiben. Bei ihm, ihrem „wünschenden“ Amts- und Gemeindevorsteher, haben sich also die diesmal ausnahmsweise der Behörde gehorchenden Arbeiter zu bedanken, wenn die Differenzen noch nicht beigelegt sind.“

Fürwahr, es wäre besser, sein soziales Verstandnis anderswo anzuwenden. Wäre diese ansehnlich so gern mit der staatsverwirklichenden Sozialdemokratie Liebäugelnde Bureaukratie zu Hause geblieben, das wäre verdienstvoller gewesen, statt sich um ungelagte Eier zu kümmern! Für Arbeiter und Arbeitgeber eine neue Lehre: Gott schüß uns ferne vor solchen klugen Ratgebern und — Freunden!

Und die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“, das Oberhamacherblatt, feiert noch einen Triumph darauf: „Der Fall bietet ein prinzipielles Interesse besonders darum, weil in gewissen Kreisen noch immer oder sogar in steigendem Maße die Einmischung behördlicher Personen für ein wichtiges Mittel zur Herstellung des sozialen Friedens gehalten wird. Man ist in der Vorstellung befangen, daß die Anwesenheit der hohen Obrigkeit auch heutzutage noch vollkommen ausreicht, um Hülen und Drüben sofort ein tiefes und aufrichtiges Friedensbedürfnis nach zu rufen. Die Vorkommnisse in Weiswasser stellen diese Anschauungen in das rechte Licht und zeigen besonders den Arbeitgebern, welche Erwartungen sie auf das Wirken der nach „links“ hingelagerten Bürokratie“ zu setzen haben.“

Die Ausbeuter sind es eben gewöhnt, daß die Behörden nur für sie arbeiten, — daher diese Schimpferei auf den Amtsvorsteher.

Vom Ausland.

Ungarn. Kommenden Sonntag und Montag hält unsere Brudervereinigung in Budapest ihren Verbandstag ab. Indem wir den Delegierten unsere Grüße entbieten, wünschen wir den Verhandlungen besten Erfolg.

Oesterreich. Nach Wien ist Bezug ferngehalten. **Schweiz.** Gesperret sind: Heidegger in St. Gallen; die Werkstätten; Keller in Gorgen. G. u. S. & S. u. Müller in Wädenswil, Gebr. Beer in Nudermatt.

Die Verhandlungen über den vom Unternehmerverband eingereichten Normalkartell sind gescheitert.

Holland. In Lochem und Zutphen sind unsere Kollegen ausgesperrt. Bezug muß ferngehalten werden!

Holland. Weihnachten 1908 fand in Utrecht die Jahresversammlung unserer Brudervereinigung statt. Aus dem Jahresbericht ist zu entnehmen, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse nicht sehr günstig auf die Organisation gewirkt haben. Die Krise im Baugewerbe, die daselbst schon mehrere Jahre andauert, hat eine so große Arbeitslosigkeit der Kollegen zur Folge, wie nie zuvor.

An Agitation hat es der Vorstand nicht fehlen lassen, zeitweise sind sogar Kollegen bis zu 13 Wochen tätig gewesen, um die Hausagitation zu betreiben. Der Mitgliederbestand Ende des Jahres 1907 betrug 1710 und Ende 1908 1783. Eingetreten sind ungefähr 1000 Kollegen, ausgetreten resp. gestrichen sind fast ebensoviel. Die Kollegen sind wahrscheinlich noch der Meinung, bei dem Eintritt muß der Erfolg auch sofort kommen. Das Bewußtsein, dem Vorstand der Organisation anzugehören, ist noch nicht vorhanden, das Klassenbewußtsein fehlt oder ist nicht fest genug. Ferner hat der Vorstand eine Agitationsbrochure in 5000 Exemplaren herstellen lassen. Für Agitation wurden 1184 Gulden ausgegeben. 3 Filialen wurden errichtet und 3 Lokalvereine haben sich angeschlossen, so daß jetzt 29 Bahnhöfe bestehen.

Lohnbewegungen haben in 14 Orten stattgefunden; in 6 Orten wurde der Stundenlohn erhöht um 1 resp. 2 Cent. In 2 Orten wurde die Arbeitszeit um 1/2 Stunde und in 1 Ort um 1 Stunde verkürzt.

Zum Streik kam es in Leuwarden, da die Meister nicht mit den Vertretern der Organisation verhandeln wollten. Die Meister wollten die Organisation nicht anerkennen; der Herr-im-Haus-Standpunkt ist noch vorherrschend. Den Forderungen der Gehilfen stellten sie die ibrigen entgegen. Nach dreiwöchiger Dauer wurde dann der Streik beendet; ist auch nicht alles erreicht, so doch die Erhöhung des Lohnes, Zuschlag für Nacht- und Sonntagsarbeit usw. Den moralischen Erfolg haben die Kollegen extra; daß sie überhaupt wagten, zu streiken, das halten die Meister nicht erwartet.

Die Krankenunterstützung erforderte eine Ausgabe von 2608.07 Gulden, das ist der vierte Teil der Einnahme an Beiträgen für die Hauptkasse. Die Summen für diesen Unterstützungszweig steigen von Jahr zu Jahr. 1906 betragen die Ausgaben 18 Proz., während es jetzt bereits 25.8 Proz. sind.

Die Arbeitslosenunterstützung ist vom Verband nicht eingeführt, doch haben sich mehrere Bahnhöfe einen solchen Fonds geschaffen und zwar in den Orten, wo die Gemeinde einen Zuschuß gibt. 5 weitere Bahnhöfe sind im Begriff, einen solchen Fonds anzulegen. Die Gemeinden haben Bestimmungen getroffen, wie die Reglements solcher Bahnhöfe, die auf Zuschuß Anspruch erheben, sein müssen. Ein Passus besagt aber, daß den landlichen Unterstützungsfonds der Zuschuß verweigert wird. Gerade dieser Punkt ist wesentlich, deshalb erscheine es noch nicht wünschenswert, vom Verband die Arbeitslosenunterstützung einzuführen. Es soll aber dahin gewirkt werden, diesen Zustand zu beseitigen. Zwischenzeitlich versucht der Hauptvorstand eine Regelung herbeizuführen über die Höhe und die Dauer der Unterstützung im allgemeinen und für die nach anderen Orten verziehenden Kollegen.

Die Agitation gegen die Verwendung des Bleiweißes wird beständig weiterbetrieben. Bekanntlich wurde von der Regierung eine Kommission von drei Mitgliedern eingesetzt, der die Aufgabe zutraf, die durch Bleiweiß verursachten Krankheitsfälle bei den Malern festzustellen. Unsere Kollegen waren sofort davon überzeugt, daß etwas Gutes dabei nicht herauskommen werde und haben deshalb der Regierung mitgeteilt, daß es unmöglich sei, daß die Lösung dieser Frage von diesen drei Mann für das ganze Land in befriedigender Weise herbeigeführt werden könne; es wäre vielmehr richtiger gewesen, mehrere Kommissionen in den verschiedenen vier großen Städten zu errichten, deren gesammeltes Material dann zusammenge stellt ein klares unanfechtbares Bild ergeben hätte usw.

Bis jetzt hat diese Kommission noch keinen Bericht erstattet.

Auch unsere Kollegen waren nicht müßig und haben, soweit es ihnen möglich war, versucht, Krankheitsfälle festzustellen. Die bekannt gewordenen Fälle wurden dem Minister mitgeteilt unter Angabe der Namen und Adressen der sie behandelnden Ärzte. Ferner sind von den Bahnhöfenvorständen Petitionen an die Provinzial- und Gemeinderäte gesandt worden, in denen das Verbot des Gebrauches von bleihaltigen Farben gefordert wird. Der Erfolg ist, daß das Verbot in einem Orte ausgesprochen wurde, in zwei Orten das Bleiweiß bei Innenarbeit verboten und in sechs Orten bei Gemeindearbeiten nicht mehr verwendet werden darf. Drei Orte hatten Bestimmungen erlassen, daß Bleiweiß nur in verschließbaren Büchsen und mit Etikette versehen sein darf und in vier Orten muß es in Del anverpackt sein. In einigen

Orten will man erst noch probieren, gibt es Erfolg, dann will man darüber beschließen; andere wieder nehmen eine abwartende Stellung ein, bis die Regierung gesprochen hat. Nimmhin ist zu sehen, daß es langsam vorwärts geht.

Die Jahresversammlung sprach denn auch dem Vorstand ihr Vertrauen aus und war mit der Tätigkeit desselben vollständig einverstanden. Au wichtigen Beschlüssen wurden gefaßt:

Der Beitrag beträgt in den 34 Sommerwochen pro Woche einen Stundenlohn und in den 18 Winterwochen einen halben Stundenlohn pro Woche. Dieser Beschluß unterliegt jedoch der Abstimmung.

Krankentunterstützung wird gezahlt für 60 Tage, pro Tag in der Höhe von drei Stundenlöhnen. Ausgetretene haben erst nach 26 Wochen wieder Anspruch.

Die Streikunterstützung darf für Ledige nicht mehr als 6 fl., für Verheiratete nicht mehr als 7 fl., bei Verheirateten mit 4 und mehr Kindern nicht mehr als 9 fl. betragen.

Anspruch auf Unterstützung haben nur diejenigen, die 13 Wochen Mitglied und für 13 Wochen Beiträge entrichtet haben.

Bei Streiks darf die Ausführung von Arbeiten auf eigene Rechnung nur unter Zustimmung der Leitung übernommen werden.

Das Geschäftsjahr wird von jetzt ab auf das Kalenderjahr verlegt. Die Jahresversammlung soll künftig zwischen Ostern und Pfingsten stattfinden.

Die Redaktion des „Schilbers“, die jetzt von einem Kollegen im Nebenamt besorgt wurde, wird dem Hauptvorstand überwiesen und von diesem übernommen.

Diese Beschlüsse werden sicher dazu beitragen, den Verband immer mehr zu festigen. Zu wünschen wäre nur, daß durch die Abstimmung die Erhöhung des Beitrages angenommen würde, damit der Kampffonds immer größer wird, denn gebraucht wird er, so leicht ist das dortige Meistertum nicht zu haben, die Organisation anzuerkennen. Es ist sozialpolitisch noch zu rückständig, um Tarife von Organisation zu Organisation abzuschließen, das muß ihm erst noch beigebracht werden und wird noch manchen Kampf kosten. Hoffen wir, daß es unserer Brudervereinigung bald gelingen möge!

Nordamerika. Milwaukee, den 23. Januar 1909. Samuel Gompers, Präsident der American Federation of Labor, John Mitchell, zweiter Präsident, und Frank Morrison, Sekretär, sind zu Gefängnisstrafen von 1 Jahr, 9 Monate und 6 Monate verurteilt worden, weil sie entgegen einem gerichtlichen Einhaltsbefehl gesprochen und geschrieben haben gegen die Bricks Stool and Range Co. (Heizöfen und Kochmaschinen). So geschehen im Lande der unbegrenzten Möglichkeiten. Es ist diese Entscheidung gegen den Geist und den Wortlaut der Konstitution der Vereinigten Staaten. Aber Rechtsfragen sind Machtfragen. Haben wir drüben im Gesetz und Konstitution gleich einem Gummiband, wenigstens in den Händen der machthabenden Klassen und deren Handlanger. Es ist gegen dieses Urteil appelliert worden.

Die russischen Bluthunde sind zwei Revolutionären bis Chicago gefloht und verlangen deren Auslieferung. Ein Gerichtskommissar hat entschieden, daß sie ausgeliefert werden. Gegen diese Entscheidung macht sich ein Sturm des Protestes kund aus allen Ecken des Landes und nicht nur von Arbeitern. Die Entscheidung liegt jetzt auf eine Appellation hin bei einer höheren Instanz.

20 000 bis 25 000 Schuhmacher sind in einen Kampf verwickelt, bei dem es sich um das Union Label handelt. Dieses Label war bisher eine starke Waffe der Union, denn die organisierten Arbeiter haben darauf, daß nur Güte mit dem Label gekauft wurden. Die Fabrikanten wollen aber das Label abschaffen. Das wäre aber nur die Einleitung zu einem Angriff auf die Union selbst, zur Reduktion der Löhne und der Verlängerung der Arbeitszeit.

Die wirtschaftliche Krise zwingt schwere Opfer. Nach den statistischen Zahlen, die in der kapitalistischen Presse jedes Jahr am Jahreschluß veröffentlicht werden, beträgt

| | |
|--|-------------------|
| Wert der jährlichen Produktion . . . | 302 228 366 Doll. |
| Abnahme der Wertes der Produktion gegenüber dem Vorjahre . . . | 53 025 102 " |
| Abnahme der Löhne . . . | 20 586 567 " |
| Abnahme der beschäftigten Arbeiter . . . | 2 785 268 " |
| Zunahme der Betriebe . . . | 3 941 " |
| | 375 " |

Der Arbeitslohn betrug also etwas mehr wie 1/4 der Produktion. Dieses Verhältnis verschiebt sich von Jahr zu Jahr zugunsten der Arbeiter. Während mit der Konzentration der Produktionsmittel die Konkurrenz zwischen den Unternehmern abnimmt, wird die industrielle Reservearmee immer größer und somit die Macht der Organisation der Arbeiter immer kleiner. Der Konflikt zwischen Produktion und Konsumtion wird immer schärfer, das ist die Signatur der Zeit.

Mit toll. Gruß! Carl Minkley.

Wie ich aus dem „Vereins-Anzeiger“ ersehe, wird von einigen Filialen ein Bauarbeiter-Verband angeregt. Wir haben das seit der letzten Konvention der Föderation bereits eingeführt, d. h. es ist ein Nationaler Bau-gewerkschafts-Verband, bei dem zunächst noch alle Berufe selbständig wirken, nur bei Kämpfen wird gegenseitige moralische und finanzielle Unterstützung gebracht. Es kommt häufig vor, daß bei einzelnen Bauten z. B. die Zimmerer und Maler im den Streik treten, um die Maurer, Elektriker usw. zu unterstützen oder umgekehrt. Auf jeden Fall ist ein engerer Zusammenschluß sehr zu empfehlen.

England. Ueber die Arbeitslosigkeit als Massenerscheinung verhandelte der Jahreskongreß der britischen Arbeiterpartei. Der Vorstand hat dazu eine interessante Darstellung gegeben, in der er nachwies, daß das Einkommen der Reichen seit 1901 um 147 Millionen Pfund Sterling zugenommen hat, während in der gleichen Zeit die Gesamtsumme der Löhne um 31.190 Pfund zurückgegangen ist. Die Arbeitslosenvorlage der Arbeiterpartei beruht deshalb die Steuerkraft der Reichen stärker heranzuziehen und die Behörden zu verpflichten, die Arbeitslosen zu beschäftigen. Ihre Vorschläge sind: Auf-förderung brachliegender Ländereien, Schutz der Küsten gegen Verflüchtung durch Meereswellen, Straßenbau, Agri-kulturwirtschaftliche Arbeiterbetriebe, Dorfkolonien, etc. Regierungsvorschläge, die die Arbeitslosigkeit durch eine Armenvermehrung lindern wollen, sind zu verwerfen.

Der Kongreß vertrat auf dem Kongreß die Forderungen der Arbeiterpartei und führte aus, die Arbeitslosigkeit sei keine vorübergehende Erscheinung. Es scheint sogar, daß sie immer schlimmer zu werden drohe. Der Grund hierfür liegt in der immer stärkeren Organisation der Warenproduktion vom Standpunkte des Fabrikanten. Eine amtliche Statistik über die Mineralindustrie Englands ergebe die Tatsache: Während die Ausbeute der Mineralien in den letzten Jahren um 16 Millionen Tonnen zugenommen hat, hat die Zahl der in dieser Industrie beschäftigten Arbeiter um 10 000 abgenommen. Mehr Kapital, weniger Arbeiter! Dieses Ergebnis sei die Folge der außerordentlich starken Organisation der Produktion.

Hodge, der Sekretär der Stahlarbeiter, führte zur Ergänzung noch an: Die schottischen Stahlfabrikanten haben ein Uebereinkommen, wonach Stahlfabriken stillgelegt werden, um größere Profite zu erzielen. Die stillgelegten Fabrikanten erhalten aus gemeinsamen Fonds eine Entschädigung, die ihnen einen größeren Vorteil bietet, als ihre früheren Betriebe ihnen eingebracht haben. Wer aber soll die stillgelegten Arbeiter erhalten? Sie werden arbeitslos und fallen den Trade-Unions zur Last.

Einstimmig wurde dann folgende Resolution angenommen: „Der Kongreß ist der Ansicht, daß die Arbeitslosigkeit nicht durch den Freihandel verursacht wird und durch die Aenderung der Zollpolitik nicht beseitigt werden kann. Die Arbeitslosigkeit ist ein ständiges Merkmal unserer gegenwärtigen wirtschaftlichen Organisation. Der Kongreß erklärt deshalb: Dieses Problem kann nur behandelt werden durch die gesetzgebende und verwaltende Macht der Staats- und Gemeindebehörden, sowie durch eine Verkürzung der Arbeitszeit, durch die Sicherstellung der Arbeiter gegen die Alleinbeherrscher des Grund und Bodens und anderer Reichtumsquellen, die das flache Land entvölkern, die Städte überfüllen und den Anteil der reichen Müßiggänger am Nationalprodukt vernehmen. Der Kongreß fordert die Regierung auf, das Versprechen einzulösen, das der Premierminister am 21. Oktober 1908 gegeben hat, betreffend „die Behandlung der ständigen Ursachen und Zustände der Arbeitslosigkeit.“ Der Kongreß erklärt, daß, um dies tun zu können, die Grundzüge und der Apparat der von der Arbeiterpartei eingebrachten Arbeitslosenvorlage angenommen werden müssen. Der Kongreß verlangt die Errichtung eines Arbeitsministeriums; der Arbeitsminister soll einen Sitz im Kabinett haben. Der Kongreß protestiert gegen die ablehnende Haltung der Lokalregierungsbehörde gegenüber den in London errichteten Werkstätten für arbeitslose Frauen. Er verlangt, daß diese Behörde größere Sympathie beweiße für die Bestrebungen und Unternehmungen der verschiedenen Notstandskomitees, die sich zur Aufgabe gemacht haben, die arbeitslosen Frauen zu beschäftigen und sie zu befähigen, permanente Beschäftigung zu erhalten und ihre Selbstbewußtsein zu heben.“

Technisches.

Ausstellung bemalter Wohnräume München 1909. Die Ortsgruppe München des Südb. Malermeister-Verbandes hat vor kurzem den Beschluß gefaßt, im kommenden Frühjahr eine Ausstellung für dekorative Raumausmalung zu veranstalten. Sie ging hierbei von dem Grundsatz aus, daß, um im Malergewerbe bessere Verhältnisse zu schaffen, zunächst an die Öffentlichkeit getreten werden muß, um vor diesem Forum zu zeigen, welche Arbeitsgebiete das Malergewerbe in sich schließt. Genau soll dadurch gegen die in allen Orten zurzeit herrschende Weißmalerei, die leider von München ausgegangen und allerorts nachgeahmt wurde, Stellung genommen werden. Diese Ausstellung soll zunächst einen Überblick geben a) über die Arbeitsgebiete, welche das Malergewerbe in sich schließt; b) über die Bedeutung des Malergewerbes als Kunsthandwerk; c) über die Stellung des Malergewerbes zur Raumkunst; d) über die neuen Handwerkstechniken im Malergewerbe.

Durch das Entgegenkommen des kgl. Ministeriums des Innern sind eine Menge von Räumen des ehemaligen Justizministeriums (Augustinerhof) für diese Ausstellung unentgeltlich zur Verfügung gestellt worden. Durch die Ausmalung dieser Räume ist es ermöglicht, diese Ausstellung im Sinne angewandter Raumkunst durchzuführen und können infolgedessen die verschiedenen Spezialgebiete zur Schaustellung gelangen wie: a) der fertige Raum mit Decken- und Wandbemalung, Fenster- und Türenaufstrich resp. Bemalung (die Innenausstattung erfolgt durch Möbel, Bilder- und Pflanzen schmuck, Tapissierarbeiten usw.); b) Schaustellung der Spezialgebiete als angewandte Handwerkskunst; c) Skizzen ausgeführter oder ansatz-fähiger Arbeiten.

Auf dem Gebiete der Dekorationsmalerei können ferner, zur Ausstellung gelangen: Kirchen-, Theater-, Fassaden-, Schriften-, Schilder- und Wappmalerei, Gobelins- und Transparentmalerei, Holz- und Marmor-malerei, ornamentale und figurliche Malerei, Landschafts-, Blumen- und Stilllebenmalerei, Farb- und polychrome Malerei, sowie Lackierarbeiten, Bemalung von Türen, Fenstern und Möbeln, bemalte Dekorationsgegenstände, wie Nippesachen, Schatullen, Scheiben usw.

Bei gleicher Gelegenheit soll die Zentralstelle der Materialien-Prüfungs-Kommissionen des Südbayerischen Malermeister-Verbandes eine Ausstellung ihrer erprobten Materialien usw. veranstalten. Mit dieser Schau-stellung sollen zugleich Vorträge mit Demonstrationen stattfinden. Zu diesen Vorträgen sollen die Bauherren des Staates und der Gemeinde, sowie die Architekten und die Baumeister geladen werden.

Zur Durchführung dieser schwierigen Aufgabe wurden außer dem Hauptauswahlsch noch ernannt ein Arbeits-, ein Presse-, ein Propaganda- und ein Repräsentations-ausschuh.

Daß sich mit der Durchführung dieser Veranstaltung die Ortsgruppe München des Südbayerischen Verbandes eine sehr schwierige Aufgabe gestellt hat, wird wohl jedem klar sein. Schon kann man in manchen Kreisen zu hören bekommen, daß dem ganzen Unternehmen eine andere Deutung gegeben wird. So wird z. B. das Gerücht verbreitet, mit diesem Unternehmen sei der Felzbang gegen die Architekten und die Künstler eröffnet. Auf solche Un-sinnigkeiten näher einzugehen, dürfte überflüssig sein, da jeder, der die Münchener Verhältnisse einigermaßen kennt, eine derartige Stellungnahme gegen die Architekten und die Künstler geradezu lächerlich finden würde.

Wenn sich die organisierte Malerschenschaft in München aufrafft, um gegen eine Geschmacksrichtung, welche ein Gewerbe ungemein geschädigt hat, Stellung zu nehmen, so kann ein solches Vorgehen nur auf freudigste begrüßt werden. Wenn man sich vor Augen führt, daß es der Münchener Malerschenschaft gelingen wird, zu zeigen, was auf dem Gebiete der Dekorationsmalerei geleistet werden kann, so wird diesem Gewerbe in seinem schweren Kampfe die Anerkennung von allen Seiten zuteil werden. Gerade die Architekten und Raumkünstler werden die Angehörigen dieses Gewerbes für die Zukunft als sehr wertvolle Mitarbeiter zu schätzen wissen, wenn sie gesehen haben, daß sie Leute vor sich haben, die es mit ihrem Berufe ernst nehmen und die auch in ihrem Berufe tatsächlich Gutes leisten. Daß von einer Stellungnahme gegen die Künstler usw. keine Rede sein kann, ergibt sich schon daraus, daß anerkannte Persönlichkeiten aus diesen Kreisen als Berater herangezogen wurden.

Es wird noch großer Anstrengungen bedürfen, auch die große Masse zu einem farbenfreudigeren Geschmack zu erziehen. Gelingt dieses ebenfalls, so ergibt sich für die Architekten und Raumkünstler erst recht wieder ein Feld großer Tätigkeit, aber auch dem Malergewerbe wird eine bessere Zukunft beschieden sein. Die Geschäftsstelle der „Ausstellung bemalter Wohnräume München 1909“ befindet sich Schellingstraße 109, 1, Telefon 11 653, und werden dort jederzeit alle gewünschten Auskünfte gegeben.

Angemeldete Patente:

- Nr. 75 e. H. 42 606. Farbzerstäuber mit eingebautem Windkessel. Fa. Otto Heinrich, Leipzig-Blagwitz. Ang. 14. 2. 08.
- Nr. 75 e. K. 35 904. Farbbehälter für Farbzerstäuber. Gebr. Brüning, Alt-Ges., Linden b. Hannover. Ang. 15. 10. 07.
- Nr. 75 e. M. 33 304. Farbzerstäuber, bei dem die Düse die an dem Farbbehälter angebrachte Farbdüse umschließt. Minimay Consolidated Limited, London, und Hans Mikorey, Schöneberg. Ang. 2. 10. 07.
- Nr. 75 e. M. 33 832. Zerstäuber für warm aufzutragende Flüssigkeiten, wie Leimfarbe, Leimlösung u. dergl. Zw. z. Ann. M. 32 298. Minimay Consolidated Limited, London, und Hans Mikorey, Schöneberg. Ang. 11. 12. 07.

Gebrauchsmuster:

- Nr. 9. 363 019. Malerpinsel, bei welchem eine Hülse einerseits den Pinsel fest und andererseits die Pinselzwinge abschraubbar aufnimmt. Münchener Metallwaren-Industrie Otto Jordan, München. Ang. 7. 12. 08.
- Nr. 75 e. 362 435. Bei Farbtafeln usw. die Anordnung eines die Pinsel festklemmenden und die Haare vor Beschädigung schützenden Pinselhalters. Fa. Günther Wagner, Hannover. Ang. 9. 11. 08.
- Nr. 5 e. 362 620. Schachtelartiger Behälter mit mehreren um einen mittleren Teil herumklappbaren Deckelteilen. Willy Hahnemann, Berlin. Ang. 10. 12. 08.

Literarisches.

Aus der Tiefe. Arbeiterbriefe. Beiträge zur Seelen-Analyse moderner Arbeiter. Herausgegeben von Adolf Leventhal. Morgen-Verlag G. m. b. H., Berlin W. 19, Potsdamerstr. 4. Eine eigenartige Aufgabe war es, die sich der Herausgeber der Arbeiterbriefe gestellt hatte: In das Seelenleben des einfachen, tagtäglich in die Treitmühle der harten Arbeit eingespannten Proletariats einen Blick zu werfen, indem er ihm bekannt gewordene Arbeiter veranlaßte, ihren Lebensgang, ihre Arbeit usw. zu schildern, um so „einer traditionellen Kultur traditionslose Menschen „menschlich“ näher zu bringen“. Wer die veröffentlichten, in ihrer Schlichtheit ergreifend wirkenden, seelenvollen Briefe armer, gedrückter Menschenkinder liest, wird mit Genugtuung erkennen, wie trefflich dem Herausgeber seine hohe Aufgabe gelungen ist. „Was da in der Tiefe für wunderbare Kräfte schlummern, sonnenlichtige Menschen, die erbarmungslos von der Tyrannei Arbeit aufgerieben werden! Wie viele dumpfe Verzweiflung,

welch' erbarmungslose Hoffnungslosigkeit sich da unten! Wir wünschen dem Buche die weiteste Verbreitung.

Das erste Lebensjahr. Wie ermahnen und pflegen wir den Säugling? Von Dr. med. N. Silberstein-Nizdorf. Von diesem interessanten Buchchen — das in der bekannten „Arbeitergesundheitsbibliothek“ im Verlage der Buchhandlung Vorwärts erscheint — ist jetzt die dritte neu durchgesehene Auflage erschienen. Die rege Nachfrage zeugt am besten für die Nützlichkeit der Arbeit. Preis 20 S. In besserer Ausstattung 50 S. Zu beziehen durch alle Parteibuchhandlungen und Kolporture.

„Arbeiter-Jugend.“ Die zweite Nummer des für die arbeitende Jugend herausgegebenen Jugendorgans ist soeben erschienen. Das Abonnement kostet pro Quartal 50 S., die Einzelnummer 10 S. und kann durch die örtlichen Jugendauschüsse, sämtliche Parteipositionen, Buchhandlungen und Kolporture bezogen werden.

Der Tarifvertrag im deutschen Zimmerergewerbe mit besonderer Berücksichtigung der Tarifbewegung im Jahre 1908. Herausgegeben vom Vorstand des Zimmererverbandes.

Sterbefälle.

- Berlin. Am 3. Januar starb der Kollege Berthold Kreuz, 32 Jahre alt. (S. D.) — Am 6. Januar starb der Kollege Karl Kerschlag, 41 Jahre alt. (S. D.) — Am 7. Januar starb der Kollege Adolf Bessina, 55 Jahre alt. (Nizdorf.)
- Frankfurt a. M. Am 11. Januar starb unser langjähriges Mitglied Franz Stolz aus Erbach im Alter von 46 Jahren. — Am 24. Januar Johann Heinrich Pfeiffer aus Offenbach a. M. im Alter von 49 Jahren. — Am 11. Februar Jakob Georg Eberhardt aus Oberhochstadt im Alter von 42 Jahren.
- Hamburg. Am 18. Februar starben unsere treuen Mitglieder Wilhelm Menzow im Alter von 31 Jahren; P. Bruns im Alter von 38 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

Briefkasten.

Schn. 11. „Oswiata“ ist das von der General-Kommission herausgegebene Gewerkschaftsblatt für die polnisch sprechenden Verbandsmitglieder.

Dereinstell.

Bekanntmachung.

Die zwölfte Generalversammlung findet zu Köln vom Dienstag den 2. März bis Freitag den 5. März 1909 im Gewerkschaftshause, Severinstraße 199, statt.

Tagesordnung:

1. Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten, Wahl des Bureau's, der Redaktionskommission und Prüfung der Mandate.
2. Rechenschaftsbericht des Vorstandes, Ausschusses und der Redaktion des „Vereins-Anzeigers“ (Referenten: Weinert, Mark, Tobler und Wentker).
3. Beratung der zum Statut gestellten Anträge (Referent: Tobler).
4. Tarifverhandlungen und Stellungnahme zu einem Reichstarif (Referent: Tobler und Korreferent: Sobota).
5. Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses zu Hamburg (Referenten: Jacobait und Streinel).
6. Der Kampf gegen die Gefahren der Bleivergiftung (Referent: Wuschols).
7. Beschluffassung über die durch vorstehende Punkte nicht erledigten Anträge.
8. Wahl der Vorstandsmitglieder, Festsetzung der Diäten und Gehälter, Bestimmung der Orte für den Sitz des Vorstandes und Ausschusses.

Das Material, Rechenschaftsbericht und Mandat, ist den Delegierten im Laufe der Woche zugestellt und zwar, soweit uns die Adressen der Delegierten bekannt sind, an diese, im andern Falle an den Bevollmächtigten der Filiale, woselbst die Delegierten dieses in Empfang nehmen können.

Wir ersuchen die Verwaltungen der Filialen, während der Zeit der Generalversammlung mit Bestellungen und Hoffnungen zurückzuhalten. Außer den Strafmeldungen und dringenden Markenbestellungen müssen infolge der Abwesenheit der Vorstandsmitglieder weitere Geschäfte bis nach der Generalversammlung zurückgestellt werden.

Dem Mitgliede Paul Krause wurde sein Verbands- und Parteimitgliedsbuch von dem Kaufmann Louis Heise auf der Herberge in Mostod gestohlen.

Der Vorstand.

Bericht der Hauptkasse vom 16. bis 22. Februar.

Eingekant wurden: Basel A. 6.30, Wanken 70.— für den Vereins-Anzeiger: Basel A. 6.— Material wurde verandt: D. = Beitragsmarken. E. = Eintrittsmarken. D. = Duplikatmarken. K. = Klebender. M. M. = Marken-Mappen. F. = Futterale. B. M. M. = Vereins-Anzeiger-Marken. Bernburg 400 B. a 25 S.; Blankenburg 10 C.; Bremerhaven 600 B. a 35 S.; Celle 200 B. M. M.; Darmstadt 4000 B. a 60 S.; Dortmund 3200 B. a 30 S.; Dresden 600 B. a 50 S., 3000 B. a 20 S. (400 B. a 20 S. für Krause); Erfurt 1200 B. a 20 S.; Forst 200 B. a 20 S.; Frankfurt a. M. 20 000 B. a 60 S.; 12 000 B. a 25 S.; 200 C.; Gießen 400 B. a 25 S.; Halle 8000 B. a 60 S.; 400 B. a 55 S., 10 S.; Herne 4 S.; Hirschberg 400 B. a 50 S.; Leipzig 10 S.; Lüneburg 800 B. a 60 S.; Raumburg 600 B. a 50 S.; Nordhausen 1000 B. a 55 S., 200 B. a 20 S.; Oppeln 10 S.; Wiesbaden 100 C. Berichtigung. In voriger Nummer muß es heißen: Weiswasser 400 B. a 50 S.

S. Wentker, Kassierer.

Zentral-Kranken- und Sterbefälle der Maler und verw. Berufsgenossen Deutschlands

(Eingefriedete Hilfsliste Nr. 71.)

Bericht des Hauptkassierers vom 14. bis 20. Februar 1909.

Zuschüsse an die örtlichen Verwaltungen wurden abgeant an Mayer-München A. 500, Inkermann-Dresden 200, Adolph-Mannheim 100, Nowak-Gotha 50, Krebs-Cassel 200, Bachhaus-Elsfeld 100, Geisler-Schweidniz 50, Krapp-Damberg 100, Hausmann-Offenbach a. M. 75, Brunner-Nagelsburg 100, Wickenauer-Bielefeld 75, Krösel-Nordhausen 75, Auinger-Wandsbel 110 A.

Krankengelder erhielten: Buchn. 24809 S. Girbig in Breslau A. 12.60, Buchn. 28011 B. Langner in Breslau 12.60, Buchn. 24914 M. Standt in Dornborn 25.20, Buchn. 35534 S. Reiter in Hann.-Münden 12.60, Buchn. 35359 S. Dömling in Voerlich i. Bay. 29.10, Buchn. 22455 B. Weber in Worms 88.20, Buchn. 9275 C. Jahnke in Bargeheide 12.60, Buchn. 1182 G. Jädel in Jellin 12.60, Buchn. 25961 B. Treptow in Köslin 27.30, Buchn. 33287 S. Bruns in Emden 25.20, Buchn. 34977 F. Glagel in Reisholz 12.60, Buchn. 18060 D. Skintof in Sropfstadt 10.50, Buchn. 28007 B. Janocha in Breslau 12.60, Buchn. 29600 St. Zubrowitz in Wandsburg 12.60, Buchn. 35514 S. Brinkmann in Wendorf 12.60, Buchn. 29111 G. Vieliger in Bad Reichenhall 10.50, Buchn. 28503 F. Hoffschlag in Nachen 4.20, Buchn. 344 F. S. Fiellen in Bad Sipppringe 12.60, Buchn. 31056 M. Zwenzner in Brandenburg a. S. 12.60, Buchn. 34897 S. Sothering in Hergeln i. Westf. 25.20, Buchn. 16644 E. Hohensee in Bantoch 25.20, Buchn. 23223 F. Sievers in Stellan i. S. 25.20, Buchn. 28068 W. Mogwih in Breslau 12.60.

Sterbegele wurde gezahlt für F. Hoffschlag in Nachen Buchn. 28503, 110 A.

S. S. Bulla, Hamburg 22, Schmalenbeckerstr. 17.

Anzeigen.

Ausstellung

v. Holz- u. Marmormalereien

Sonntag, 7. März, 9—5 Uhr.

A. Clauss, Hamburg

Hamburg, Niedernstrasse 64.

Verlangen Sie, Kollege, zur Probe je einen Satz Greizer, Berliner- und Delitzschzieher, je einen Satz Munds- und Fischhaarmalpinel, einen Satzvertreiber, einen Schläger, einen Modler, (je 3 Zoll breit), einen Satz Stahl- und Lederkämme (je 10 Zoll), eine Blechpalette, zu M. 14.50 per Nachnahme.

G. Job, Nürnberg, Tetselgasse 13.

50 bunte Malvorlagen Mk. 6.—

Landschaften, Blumen, Tiere, Seestücke, Dänen etc.

Ph. Brühl, Gießen i. Westf.

Central-Arbeitsnachweis für Thüringen

Filiale Erfurt.

(M. 2.—) Vermittlung zu jeder Tageszeit bei Ferd. König, Marbachergasse Nr. 6.

Aufklärung!

Sie erleben eine grosse Enttäuschung, wenn Sie glauben, die Holz- oder Marmor-Malerei in einem Monat gründlich zu erlernen.

Hierzu benötigen Sie wenigstens 2—3 Monate!

Fr. Weiershausen & Co., Hamburg 5.

Grösste Spezial-Schule für Holz- und Marmor-Imitation.

Unterricht vom 15. Oktober bis 15. März. Prospekte gratis.

Neuester Erfolg: Einer unserer Schüler erhielt nach 4 1/2 monatlichem Unterricht für seine Leistungen die Berechtigung zum einjährigen Dienst!

Rheinländische Berufskleidung

Ist anerkannt die beste.

Berlin N., Brunnenstraße 119.

Eigene Fabrik. Verkauf zu Fabrikpreisen. Versand nach ausserhalb.

Maler-Rittel

| | | | | |
|---|------|------|------|------|
| prima Messel | 110 | 120 | 130 | 140 |
| mit feinen Fasern | 2.25 | 2.50 | 2.50 | 2.75 |
| extra schwerer Messel od. Säber m. Füllentastchen 3.— | 3.25 | 3.25 | 3.50 | 4.— |

Dress-Boxen und Fäden

M. 1.50, 2.45, 3. 0.

Epochemachende Erfindung!

Deutsches Reichspatent No. 191582.

Swierzy-Malerei

Das Porträt der Zukunft!

Farbige Gemälde direkt auf Malleinen nach jeder Photographie, z. B. 30/40 cm auf Keilrahmen Mk. 10.—. Absolute Aehnlichkeit garantiert.

Täglich hervorragende Anerkennungen

Prelisste gratis und franko.

Richard Swierzy, Ges. m. b. H.

Berlin C., Wallstr. 89.

Grosser Nebenverdienst!

Empfehle den Genossen mein Fremden-Pogis, sowie Mittags- und Abenddich in reichhaltiger Auswahl. Bahnhöfe der Filiale Berlin und des Wahlvereins.

Hermann Stramm

Berlin SO., Ritterstr. 123.

Gold-Abfälle.

Kaufe zum höchsten Preis jeden großen und kleinen Resten

Kehrgold, Goldwatte und Abkratzgold.

Briefe oder Paketsendungen werden schnell erledigt. Um genaue Adressen wird geb.

Max Haupt, Dresden, Blafenwerferstr. 64.

Verlangen Sie gratis u. franko! die künstl. reichillust. Prospekte der prachtvollen Schülerarbeiten vom Kunstgewerblichen

Institut für Maler

H. Schmid-Engweiler, Jülich.

Posto n. d. Schweiz f. Briefe 20, Karte 10 S.

Zeichnen u. malen nach weibl. Modellen.

4 Tage, abds. 7—9 Uhr, wöchentl. 2 M.

Sonntags, 9—1 Uhr, 1 M.

Wilhelm Schütze, b. d. Strohhaupe 12.

Maler-Mäntel,

beste Qualität mit feinen Fasern und Umlegekanten. Nur eigenes Fabrikat.

| | | | | |
|-----------|------|------|------|---------|
| 110 | 120 | 130 | 140 | cm lang |
| jeht 2.75 | 2.90 | 3.10 | 3.25 | „ |

Friesen aus Messelstoff 2.— M. Wägen 40 S. Drei-Löfen und Fäden a 2.87 M. Extra-Größen 3.— M. Qualität 2 S. billiger.

Wir bitten Oberweite und Schnittlänge anzugeben.

D. Wurzel & Co., Berlin,

Brunnenstraße 18, 1.

Der heutigen Nummer liegt die Nr. 8 des Korrespondenzblattes für die Bevollmächtigten unserer Filialen bei.

Für die Redaktion verantwortlich M. Marx, Hamburg, Schmalenbeckerstraße 17.

Verlag von S. Wentker, Hamburg 22, Druck von Friedrich Meyer, Hamburg 23.